



## Cemal Kemal Altun 1. Opfer der "guten Zusammenarbeit"

Am 30.8.1983 um 9.00 Uhr stürzte der politische Flüchtling und Abschiebehäftling C. Kemal Altun aus dem Fenster des Gerichtssaales im Verwaltungsgesicht Berlin. Kemal starb nicht durch die Hand der Henker der faschistischen Militärjunta in seiner Heimat. Er starb nicht unter der Folter in den Kerkern der Generäle. Er wurde auch nicht auf der Straße erschossen, wie so viele seiner Freunde in seiner Heimat. Kemal starb in der Bundesrepublik Deutschland, in die er geflüchtet war, weil er mit all dem rechnen mußte. Er starb, weil die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das blutige Regime in der Türkei als Freund betrachtet. Er starb, weil bundesdeutsche Behörden noch immer behaupten, daß Ausgelieferte in der Türkei keine Verfolgung zu erwarten haben, obwohl in den drei Jahren seit dem Militärputsch in der Türkei 48 Menschen gehenkt wurden, obwohl 208 Menschen unter Folter oder Schüssen starben, obwohl in den Massenprozessen über 5.600 Menschen ihr Todesurteil erwarten. Er starb, weil in der Bundesrepublik Deutschland auch nach einer solchen Bilanz des Schreckens den Generälen in der Türkei Vertrauen geschenkt wird. Kemal wußte, was ihn in der Türkei erwartete. Er wußte auch, daß seine Auslieferung dazu führen würde, daß Hunderte Menschen aus der Türkei, die wie er

Asyl suchten, in die Hände der Henker und Folterknechte der Junta ausgeliefert würden. Kemal Tod ist ein Aufschrei gegen die Kaltblütigkeit, mit der hier blutiger Menschenhandel getrieben wird. Unsere Trauer um den Freund und Demokraten Kemal vermischt sich mit der Wut gegen die Regierungen hier wie dort. Wir werden dafür kämpfen, daß

Kemals Tod nicht sinnlos war. Wir fordern den Rücktritt von Innenminister Zimmermann und Justizminister Engelhard, da wir jenen, die sich zum Helfershelfer des blutigen Militärregimes in der Türkei machen, das Verantwortungsbewußtsein absprechen müssen, das sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben in einem demokratischen Rechtsstaat haben müßten.

### Hungerstreik in Diyarbakir

Der unbefristete Hungerstreik, der in der berühmten "zelle 35" des Gefängnisses Diyarbakir begonnen hatte, hat sich auf das ganze Gefängnis ausgeweitet. Begonnen hatte er in der "Zelle 35", einem Stockwerk mit Einzelzellen, in dem ausschließlich Gefangene untergebracht sind, die zum Tode verurteilt wurden, deren Urteile aber noch vor dem Revisionsgericht stehen. Der Streik ist ein Protest gegen die schlechende Vollstreckung der Todesurteile durch unmenschlichste Haftbedingungen, so stehen z. B. die Fäkalien kniehoch in der Zelle, ärztliche Versorgung ist nicht gewährleistet, die Gefangenen sind isoliert usw. In den Verhandlungen am Montag, 5.9., erklärten 150 Angeklagte, daß sie keine Aussage machen würden und daß sie alle am Hungerstreik teilnahmen. Im Verfahren gegen "Özgür Yolu" am 6.9. erklärten die Angeklagten ebenfalls, daß sie im unbefristeten Hungerstreik seien. Zwei der Angeklagten wurden im Verhandlungsraum zusammengeschlagen und blutend hinausgetragen. Die anderen wurden ohne Verhandlung ins Gefängnis gebracht, alle weiteren Verhandlungen, die an diesem Tag hätten stattfinden sollen, wurden abgesetzt. 15 Angehörige, die ihre Verwandten besuchen wollten, stiegen aufs Dach des Gefängnisses und riefen Slogans. Erst als die Soldaten das Feuer auf sie eröffneten, gingen sie wieder hinein. Eine Gruppe von 150 Frauen, die ebenfalls ihre Angehörigen besuchen wollten, gingen Slogans rufend und lärmend zur Armeekommandantur. Sie wurden nicht empfangen und gingen deshalb zum 'Büro für Beziehungen zum Volk und zur Presse'. Hier wurden sie von Soldaten geschlagen und auseinandergetrieben. Dennoch demonstrierten sie weiter zum Markt. Aber auch hier wurden sie von Polizisten zusammengeschlagen und fortgejagt. Gleichzeitig gingen 600 männliche Familienangehörige zum Postamt, um Protesttelegramme abzuschicken. Am Abend desselben Tages umzingelten die Militärs das Stadtviertel Baglar und das Gefängnis und verhängten ein Besuchs- und Ausgangsverbot. Bei Eintreten der Dunkelheit betrat das Kommando das Gefängnis und kurze Zeit später waren aus dem Gefängnis Schüsse und Schreie zu hören. Die Familien sind äußerst besorgt, da keine Nachrichten über die Ereignisse im Gefängnis und den Zustand der Gefangenen zu erhalten sind. Protesttelegramme an: Diyarbakir Sıkıyönetim Komutanlığı, Diyarbakir, Türkei; und: Milli Güvenlik Konseyi, Ankara, Türkei.

## "Wir konnten das Blut und die Schreie nicht mehr ertragen"

Der Hungerstreik der 2.500 politischen Gefangenen in Istanbul wurde nach 29 Tagen ergebnislos abgebrochen. 2 Tage später traf die erste internationale Delegation in Istanbul ein, die sich spontan zusammenschlossen hatte, als der Streik in Westeuropa bekannt wurde.

Eine Mutter, deren vier Angehörige seit langem inhaftiert sind, erklärte, daß sie sehr traurig gewesen sei, als sie vom Abbruch des Hungerstreiks erfahren habe, da sie von der Delegation gehört hatte. Als sie zum ersten Besuchstag nach dem Hungerstreik ins Gefängnis ging, sagte ihre Tochter, daß sie es nicht mehr ausgehalten hätten, weil sie ständig unter brutalstem psychischen Druck gestanden hätten. Die Kranken unter den Hungerstreikenden wurden nämlich nicht ins Krankenhaus gebracht, sondern in ein provisorisches Krankenrevier, das in Metris eingerichtet wurde. Blutüberströmte Gefangene wurden an den Zellen vorbei geführt, die Schreie der Kranken und Zusammengebrochenen per Lautsprecher in die Zellen übertragen. Und ständig die Verkündungen der Gefängnisleitung: "Es ist uns völlig egal, wenn ihr krepierst. Eure Freunde sterben! Dafür trägt ihr die Verantwortung!" Außerdem zeigte die Gefängnisverwaltung keinerlei Neigung, auch nur auf kleinste Forderungen des Hungerstreiks einzugehen. Die Massenprozesse wurden weitergeführt, auch in Abwesenheit der Angeklagten, die wegen des Hungerstreiks

nicht in der Lage waren, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Richter und die Staatsanwaltschaft begründeten dies damit, daß die Gefangenen selbst dafür verantwortlich seien, wenn sie verhandlungsunfähig würden. Angeklagte und Verteidiger, die immer wieder versuchten, während der Gerichtsverhandlungen die "unabhängigen" Richter dazu zu bewegen, etwas gegen die grausamen Haftbedingungen zu unternehmen, wurden stets abgewiesen, mit dem Argument, die Haftbedingungen fielen in die Zuständigkeit der Gefängnisleitung, weder Gericht noch Staatsanwaltschaft habe damit etwas zu tun. Ein Verteidiger wurde gar vom Prozeß ausgeschlossen, als er einen Antrag bezüglich des Hungerstreiks einbringen wollte. Der Richter ließ ihn nicht gen wollen. Der Richter ließ ihn nicht einmal ausreden, steigerte sich in eine Wut hinein, die darin gipfelte, daß er schrie: "Werft ihn raus! Ich will nichts mehr hören! ICH BRAUCHE KEINE ANWÄLTE!" Aus Protest verließen auch die übrigen Anwälte den Saal. In Gesprächen mit Rechtsanwältinnen erfuhr die Delegationsteilnehmer erneut, daß die Verteidigungsmöglichkeiten gleich Null sind: Gespräche mit inhaftierten Mandanten sind unmöglich, in Metris werden sie per Telefon geführt, Anwalt und Mandant sind durch eine schallundurchlässige Glasscheibe voneinander getrennt, auf beiden Seiten stehen Soldaten.

Fortsetzung Seite 12



Familienangehörige vor dem Gefängnis

### aus dem INHALT

"Der Fatsa-Prozeß ist nichts als eine Parodie".....	Seite 2
Neue Verhaftungswelle in Istanbul und Ankara.....	Seite 3
Mit Riesenschritten zur 'Militärdemokratie'.....	Seite 4
Städtepartnerschaft und Folter.....	Seite 6
Hungerstreiks und Solidaritätsaktionen.....	Seite 8
Rückkehrförderung.....	Seite 10
Zimmermann in Ankara.....	Seite 12
"Countdown für Pinochet".....	Seite 13
Proteste zum Tode von Cemal Kemal Altun.....	letzte Seite

# “Der FATSA - Prozeß ist nichts als eine Parodie”

Vom 25. Juni bis zum 3. Juli 1983 hielt sich die erste internationale Delegation, organisiert vom C.E.D.R.I. (Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Immigranten), in der Türkei auf, um dem Prozess gegen die Bürger von Fatsa beizuwohnen. 232 Gemeinden aus ganz Europa hatten diese erste Delegation (weitere sollen folgen) beauftragt, den Prozess zu beobachten und nach Möglichkeiten für ein Gespräch mit Fikri Sönmez und anderen Angeklagten zu suchen. Die Teilnehmer der Delegation (Mario Díaz, Badalona/Spainen, ehemaliger Bürgermeister, Europaratsmitglied; Michael A. D. Higgins, Galway/Irland, ehemaliger Bürgermeister, Vorsitzender der Labour Party Irlands, Mitglied des Senats von Irland, Professor für Kriminologie an der Universität Galway; Pius Ziswyler, Bürgermeister von Egliswil/Schweiz, Rechtsanwalt; Roger Winterhalter, Bürgermeister von Lutterbach/ Frankreich) gaben auf einer Pressekonferenz am 5.7. in Basel erste Berichte über ihre Eindrücke von der Reise in die Türkei. Sie werden demnächst einen ausführlichen Bericht erstellen.

Wir werden kontinuierlich über die Ergebnisse dieser und der zukünftigen Delegation berichten. In der vorliegenden Ausgabe veröffentlichen wir den Beitrag des französischen Mitglieds der Delegation, Roger Winterhalter, den dieser auf der Pressekonferenz in Basel gehalten hat.

Roger Winterhalter ist Bürgermeister der französischen Stadt Lutterbach im Elsaß und Vorsitzender des Nationalen Föderation gewählter, die Selbstverwaltung unterstützender (Bürgermeister) in Frankreich. Auch in seiner Gemeinde wird versucht, die Verwaltung in die Hände von Komitees zu legen, die sich um die Probleme ihrer Kommune selbst kümmern, versucht also, die Macht zu verteilen und zu dezentralisieren. Roger Winterhalter stellt in seinem Bericht die allgemeine Eindrücke, die Atmosphäre bei dem Besuch in der Türkei dar.

“Wir fahren in die Türkei um zu hören, zu sehen, zu fühlen... Und, ich muß sagen, wir haben vor allem ein Volk kennengelernt, das sehr gastfreundlich ist, bereit, den Fremden aufzunehmen, in einem Wort, bereit, das Wenige, was es besitzt, zu teilen. Auf dieser Ebene, denke ich, ist es an der Zeit, daß wir als Europäer unsere erste Lektion lernen:

Haben wir noch die Zeit und die Lust, gastfreundlich zu sein, jemanden aufzunehmen, zu teilen mit dem Fremden, der an unsere Tür klopf?

Außerdem haben wir Bekanntschaft gemacht mit den türkischen Autoritäten (Bürgermeister, Staatsanwalt, Militärs, Journalisten ...) mit einem Wort, mit denjenigen, die heute die Macht repräsentieren. Von einigen Nuancen, die sich allein auf die Form beziehen, abgesehen, sind ihre Argumentationen absolut identisch:

“In Fatsa haben Militante der extremen Linken, verantwortungslose Menschen, mit einem Bürgermeister an ihrer Spitze, Terror und Panik verbreitet, indem sie Raubüberfälle, Gewalttaten, Morde begingen...

indem sie sich von subversiven Doktrinen wie dem Sozialismus, dem Kommunismus, dem Marxismus leiten ließen... Der heutigen Regierung,

die seit dem 12. September 1980 an der Macht ist, ist es gelungen, indem sie sich über die Parteien stellte und gestützt auf militärische Macht, die Ordnung zur Sicherung des Friedens wiederherzustellen. Heute geht es darum, diejenigen zu verfolgen, zu richten, zu verurteilen und zu exekutieren, die anders sind und die mehr oder weniger in diese Situation verwickelt waren.”

Diese wenigen Zeilen fassen, meiner Meinung nach, die Anschauungen und Positionen der Regierenden zusammen. Die einen, wie etwa der Bürgermeister von Amasya, drücken sie eher höflich aus, die anderen in sehr viel brutaler Art, wie jener Polizist in Fatsa, der uns ohne Umschweife sagte: “Jetzt sind wir diejenigen, die die Macht besitzen. Fikri wird hängen!”

Außerdem hatte ich auch den Eindruck, daß dieser Prozeß nichts anderes ist, als eine Art Parodie, daß es aber für die Herrschenden nicht den Schatten eines Zweifels an der Verantwortlichkeit der Angeklagten gibt, daß jene gerichtet, verurteilt und exekutiert werden.

Was die Presse, die Journalisten angeht, so muß ich betonen, daß ich sehr erstaunt war über diese Art von Komplizenschaft zwischen den Journalisten und der herrschenden Macht.

An dem einen Abend fanden sich die Journalisten an unserem Tisch ein in Begleitung des Bürgermeisters, am nächsten Tag waren sie es, die uns mitteilten, daß der Staatsanwalt bereit sei, mit uns zu sprechen, der Richter und der Kommandant des Lagers, in dem Fikri inhaftiert ist, aber nicht gewillt seien, uns zu empfangen und auch nicht erlauben würden, mit den Gefangenen zu sprechen

Die Angeklagten, die wir anlässlich der zwei Verhandlungen, die wir (nach vielen Schwierigkeiten) beobachten durften, bei Gericht sehen konnten, schienen die Möglichkeit zu haben, sich ausführlich auszudrücken und ihre Verteidigung darzulegen. Im allgemeinen lehnten sie die Beschuldigungen ab, die sich m.E. auf Gesinnungsdelikte beschränken

meister von Fatsa, ist angeklagt, ein Klima des Terrors und der Gewalt provoziert und unterstützt zu haben.

Allgemein sagen die Angeklagten, ihre Aussagen seien nach Folterungen aufgenommen worden (ein nicht inhaftierter Angeklagter sagte uns, er würde sich eher umbringen, als noch einmal zur Polizei zum Verhör zu gehen), und daß sie ihre Aussagen mit verbundenen Augen unterzeichnet hätten. Es war offensichtlich, daß sie Angst hatten, einige schienen mit der Sache überhaupt nicht vertraut und waren von Nachbarn denunziert worden, andere sagten überhaupt nichts.

Was die Umgebung des Prozesses angeht, stelle man sich einen großen gewölbten Saal vor. Vorn befindet sich eine Art Tribune, auf der das “Gericht” Platz nimmt, bestehend aus 5 Personen, von denen 4 Militärs sind davon wieder einer, der Vorsitzende des Gerichts, ohne juristische Ausbildung. Davor Militärs, die Gerichtsschreiber, die die Verhandlungen protokollieren, einige Stühle, die für Zeugen der Anklage und für Journalisten reserviert sind, und auf der Seite einige leere Stühle, die für die Anwälte reserviert sind. Vor der Tribune sitzen die Angeklagten (umgeben von einem beachtlichen Aufgebot an Militärs) nebeneinander auf Bänken, mit der Anweisung, in korrekter Haltung dazusitzen, den Knopf ihrer Jacke zu schließen, und mit dem Verbot, miteinander zu sprechen, die Beine übereinanderzuschlagen, etc... (gleiches galt auch für uns). Ganz hinten im Saal, durch ein doppeltes Gitter abgetrennt (in dem mit Gewehren bewaffnete Militärs, das Bajonett an der Seite, postiert waren, die in regelmäßigen Abständen abgelöst wurden), der Platz für die Zuschauer, wo wir Platz nahmen. Am ersten Tag saßen dort zwei Personen, Eltern von Angeklagten, und zwei Journalisten, sowie wir. Später erlaubte man uns dann, nach vorn zu kommen und hinter den Zeugen Platz zu nehmen. Jedesmal, wenn ein Angeklagter den Saal verlassen wollte (z.B. um zur Toilette zu gehen) wurde er von 4 bis 5 Militärs begleitet. Im Ganzen herrschte ein Klima von Druck und Repression.

sehen hatten, zögerte nicht, auf uns zuzukommen und uns die Hand zu geben, obwohl er sich bewußt war, daß wir unter ständiger Bewachung standen. Dieser Besuch in Fatsa war für mich der intensivste Moment unserer Reise.

Mir bleibt noch die Aufgabe, über das Experiment der Selbstverwaltung von Fatsa zu berichten...

Gemäß der Aussage des Direktors des Informationsbüros des Außenministeriums hat Fikri Sönmez verschiedene Komitees eingesetzt: Volkskomitee, Schulkomitee, Sicherheitskomitee, etc... Meiner Meinung nach handelt es sich um Kommissionen, bestehend aus Personen, die in ihren verschiedenen Gebieten tätig sind. So etwas existiert auch bei uns in Lutterbach und wird praktiziert, und das führt auch bei uns dazu, daß wir Konflikte haben mit gewissen Institutionen der Administration, mit gewissen Bürgern, da diese Art der bereit verteilten Macht einer zentralisierten Macht entgegensteht.

In gleicher Weise hat es in Fatsa Stadtkomitees gegeben, die sich mit den Problemen ihres eigenen Lebens und ihrer Umwelt befassen. Gibt es etwas Demokratischeres als das?

Es bleibt die Frage der Sicherheit, bzw. genauer gesagt die der Volkstribunale, die Fikri Sönmez eingerichtet haben soll. Nach Angaben der heutigen Autoritäten untersteht die Sicherheit im wesentlichen der Regierung. Der Bürgermeister hat im wesentlichen die lokalen Probleme zu lösen. Die Frage ist natürlich, innerhalb welcher Grenzen die Probleme als lokale gesehen werden. Es ist sicher, daß die Tatsache, daß man eine solche Form der Justiz eingerichtet hat, mit den türkischen Gesetzen nicht hätte vereinbart werden können. Aber es ist gleichmaßen möglich, daß die bewußt von den reaktionären Kräften provozierte Destabilisierung diese Ausmaße erforderte. Haben wir in Frankreich nicht dasselbe getan zur Zeit der Pariser Kommune 1870, also mehr als hundert Jahre vor diesem türkischen Experiment?

Um zu schließen, möchte ich noch betonen, daß mich diese Reise sehr betroffen gemacht und beeindruckt hat. Die örtlichen Autoritäten verfolgen eine unversöhnliche Argumentation. Es herrschte ein Klima der Unsicherheit, die Ordnung wurde wieder hergestellt, und jetzt geht es darum, die Anstifter der Unruhe hinwegzuweisen, zu eliminieren. Was das türkische Volk anbetrifft, ich sage offen, daß es mir in der Lage schien, andere Dinge zu tun, als die Repression zu ertragen. Was wir gesehen und gehört haben, müssen wir nun den Männern und Frauen vermitteln, die in unseren Gemeinden leben, unseren nationalen Verantwortlichen, andere Delegationen müssen folgen, um den türkischen Autoritäten zu zeigen, daß die Augen der ganzen Welt auf sie gerichtet sind.

Es geht darum, den Frauen und Männern des türkischen Volkes zu helfen, daß sie sich als menschliche Wesen in ihrer Eigenart frei entwickeln können.

Es geht gleichermaßen darum, in unseren jeweiligen Ländern aufmerksam zu sein uns bewußt zu sein, daß auch wir nicht vor dem Faschismus geschützt sind.

Man provoziert zunächst Unruhe und Destabilisierung und installiert dann die “faschistische” Ordnung. In unseren europäischen Ländern, die zum großen Teil unter dem Einfluß der christlichen Ideologie stehen, müßten wir dennoch begreifen, was es heißt, den Fremden aufzunehmen. Gestern machte man Jagd auf die Juden, heute weist man den Araber, den Türken zurück. Morgen wird es vielleicht der europäische Arbeiter auf der untersten Stufe der sozialen Leiter sein, der zurückgewiesen wird, im Namen der Ordnung, der Gerechtigkeit, des Friedens.

Es scheint mir wichtig, sich diese Lage der Dinge bewußt zu machen, diese Situation in der Türkei, in einem Wort, das Wort SOLIDARITÄT mit Leben zu füllen.”

Seit Anfang des Jahres 1983 scheinen die Herren in Ankara die Notwendigkeit für Statistik (auch über politische Verfolgung) erkannt zu haben. Denn für jedes Ende eines Monats werden mit kurzer zeitlicher Verzögerung Zahlen über Verhaftete, Verurteilte, Todesstrafen und Hinrichtungen veröffentlicht, die der Bevölkerung und dem Ausland weismachen sollen, daß die Junta doch gar nicht so grausam ist. Die letzte Meldung stammt von Anfang Juli 1983 und bezieht sich auf den Zeitraum von Ausrufung des Ausnahmezustandes Ende 1978 bis zum Stichtag 31.05.83. Herausgeber der Zahlen ist eine Koordinationsstelle der Kriegskommandanten beim Generalstab, eine Einrichtung, die eigentlich schon per Befehl exakt arbeiten mußte.

Ganz im Gegenteil aber. Schauen wir uns einmal die Meldung vom Juli an (hier zitiert nach Hürriyet vom 9.7.83) so werden folgende Zahlen genannt:

Akten an StA	62.151
Akten an Militärgerichte	43.030
Freisprüche	11.469
Verurteilungen	14.591

Diese Zahlen für sich mögen ja noch stimmen, da nicht alle Akten zu einem Abschluß gelangt sein mögen. Dabei ist aber immer noch die Vermutung offen, daß sich hinter der Bemerkung Akte mehr als nur ein Angeklagter verbirgt. Ein 2. Vergleich aber macht den inneren Widerspruch sofort deutlich. Bei den Angaben über das Strafmaß bei Verurteilungen heißt es:

bis zu 5 Jahren	28.338
bis zu 10 Jahren	2747
bis zu 20 Jahren	1.175
mehr als 20 Jahre	500
lebenslänglich	178
Todesstrafe	173

Wir erinnern uns an die Summe oben: 14.591

Hier kann also wirklich etwas nicht stimmen. Dabei haben bisher alle Übersichten offizieller Stellen diesen oder ähnliche Fehler enthalten. (1)

Denkt man nun, daß es wohl sehr schwierig ist, bei der hohen Anzahl von Prozessen wirklich einen Überblick zu behalten, so müßte man aber wenigstens beim Thema “Todesstrafe” erwarten, daß hier exakter recherchiert wird. Aber weit gefehlt. Die Herren in Ankara scheinen bei ihren Ermittlungen nicht einmal die Zeitung zu lesen.

Diese Mühe hat sich das Archiv der “alternativen türkeihilfe” gemacht und die Presse aus der Türkei einmal daraufhin durchforstet, wieviele Todesstrafen nach der Ausrufung des Kriegsrechtes verhängt und wieviele davon vollstreckt wurden. Dabei stellt sich maximal eine Differenz von 48 Todesstrafen heraus. Selbst wenn man die Todesstrafen, die in der Zwischenzeit revidiert oder ans ursprüngliche Gericht zurückverwiesen wurden abzieht, ergibt sich noch ein ungeheurer Unterschied.

Siehe Tabelle 1

Da im Monat Mai 55 neue Todesstrafen hinzugekommen sind (und keine weiteren revidiert wurden), müßte die neue Zahl der “alternativen türkeihilfe” am Stichtag 31.05.83 215 bzw. ohne unpolitische 204 heißen. Das aber bedeutet zu der Zahl der Junta mit 173 wiederum eine Differenz von 42/31.

Aber noch einmal zurück zur Wie würde die Junta z.B. erklären, daß sie mit Stichtag vom 1.9.82 eine Summe von 143 Todesstrafen angab



(obwohl die Autoritäten immer wieder betonten, daß sie wegen Straftaten angeklagt seien), die Worte “Sozialismus”, “Kommunismus”, “Marxismus” wiederholten sich ständig. Die Menschen sind angeklagt, Propaganda betrieben zu haben, an Manifestationen teilgenommen zu haben, einer revolutionären Organisation, DEVRIMCI-YOL, angehört zu haben. Einige von ihnen sind gleichzeitig der Beteiligung an Gewalttaten, und manche an Morden angeklagt. Fikri Sönmez, der frühere Bürger-

Auch die Bevölkerung von Fatsa schien gleichermaßen in einer Atmosphäre ständiger Angst zu leben. Während unseres Aufenthaltes in Fatsa wurden wir ständig von einem oder mehreren Zivilpolizisten verfolgt. Ein großer Teil der Bevölkerung schien sehr schnell über unsere Anwesenheit informiert zu sein und drückte uns gegenüber Sympathie durch ein Lächeln, durch eine freundliche Geste aus. Einer der Angeklagten (der nicht inhaftiert ist), den wir bei der Verhandlung ge-

# Einmal die Zahl ihrer Opfer: rühmliche Zahlen a zu Todesstrafen Hinrichtungen

Bei der Diskussion um die Türkeihilfe im Deutschen Bundestag am 15.06.83 warf die christlich-liberale Regierungskoalition den Grünen vor, mit falschen Zahlen zu operieren. Obwohl sie die Quelle ihrer eigenen Zahlen nicht preisgab, war klar, daß im Gegenzug die offiziellen Zahlen der Junta selber zitiert wurden.

Diese Zahlen werden in der Türkei nun in einem monatlichen Rhythmus herausgegeben und sollen beweisen, daß das Ausland in puncto 'politischer Verfolgung' in der Türkei maßlos übertreibt. Dabei kann den Zahlen der Junta in keiner Weise getraut werden, da sie schon in sich widersprüchlich

(hier hatte die Presse erst über 140 Todesstrafen berichtet), während es dann 4 Monate später plötzlich nur noch 110 Todesurteile sein sollen (diese Zahl war schon nach eigenen Angaben im Juli 1982 überschritten) Ähnliche Unstimmigkeiten ergeben sich auch bei den Zahlen zu den Hinrichtungen, obwohl die Henker doch wenigstens die Zahl ihrer Opfer kennen sollten.

ANZAHL DER HUNTRICHTUNGEN (nach dem 12. 09. 1980)

li	re	unpol.	Summe/ohne unpol.	Quelle
			21 21	
11	4	3	23 23	25.07.82 Junta/ath.
17	6	13	23 23	30.01.83 Junta/ath.
17	6	18	23 23	28.02.83 Junta/ath.
17	6	22	25 25	30.04.83 Junta/ath.
17	6	23	31.05.83 Junta/ath.	

Als Erstes fällt in dieser Tabelle auf, daß Übereinstimmungen nur dann vorhanden sind, wenn unpolitische Personen bei den Hinrichtungen nicht mit berücksichtigt werden. Dies ist doch eine Frechheit sondergleichen. Da knüpft man junge Menschen auf, die nach Meinung des Gerichtes nicht aus politischen Motiven gehandelt haben und tut dann so, als habe man ihr Leben nicht vernichtet. Die Logik der Militärs dahinter kann doch nur die eine sein: mit Hinrichtungen von nicht politischen Personen erzielen wir keine abschreckende Wirkung, also beschränken wir uns bei der Wiedergabe auf die Linken und Rechten.

Die erste Angabe für Juli 1982 ist dabei schon aufschlußreich. Hier hat die Junta 3 Hinrichtungen mehr als die 'alternative türkeihilfe' ermittelt. Die gleiche Tatsache gilt auch für die letzte Zahl (Stichtag 31.05.83). Hier gibt die Junta 25 Hinrichtungen an. Unterstellen wir einmal, daß sie so wieso nur politische Täter meint, so liegt auch diese Zahl um 2 höher als die Zeitungsrecherchen der 'alternative türkeihilfe'.

Der Grund ist ebenso blamabel für die Junta. Sie selber gibt den Stichtag für die Erhebung an, aber wenn es um die Hinrichtungen geht, so geht sie nach den Vorkommnissen bis zur Veröffentlichung der Zahlen. Die Hinrichtung von zwei Rechten, die die Junta mitaufgeführt hat, erfolgte nämlich am 5.6.83, d.h. nach dem Stichtag, aber vor der Veröffentlichung der Zahlen.

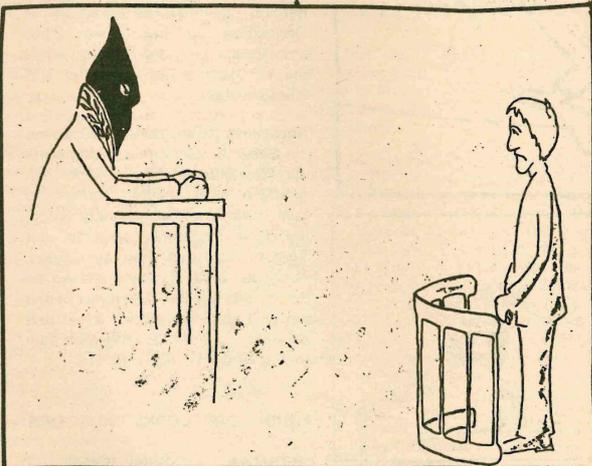
Wahrscheinlich wäre der Generalstab besser beraten, wenn er sich nicht auf seine eigenen Informationen, sondern eher auf die Zeitungsbe-

richte stützen würde. Dies enthält zwar das Risiko einige Meldungen nicht berichtet zu finden, aber immerhin kommt man damit der Wahrheit doch näher, als auf die Weise der Befehlsordnung der Militärs, die nur dem einen Zwecke dient, manipulierte Zahlen herauszugeben, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Die Bundesregierung sollte in Zukunft auch überlegen, wieviel Vertrauen sie in das Zahlenmaterial ihres NATO-Partners legen will. Wenn die Zivilpolitik von rechts in der Bundesrepublik jedoch ihren Hang zu allem Autoritären und Militärischen beibehalten, dann werden diese Worte wenig ausrichten. In der Öffentlichkeit aber sollte man sich über dieses Spiel bewußt werden.

(1) zitiert nach: türkei-infodienst Nr. 60

Anm.: Wer eine genaue Aufstellung über alle nach der Ausrufung des Kriegsrechts verhängten und vollstreckten Todesstrafen haben will, kann sie bei der alternativen türkeihilfe, c/o Michael Helweg, Postfach 7088,49 Herford, gegen Kopier- und Portokosten anfordern.



Stichtag	Quelle	Summe (aller Todesurteile)	(ohne unpolitische)
25. 07. 82	Presse/Junta	111	111
25. 07. 82	Tabelle/ath.	140	133
01. 09. 82	Presse	143	143
01. 09. 82	Tabelle	140	133
30. 01. 83	Presse	110	110
30. 01. 83	Tabelle	153	143
28. 02. 83	Presse	114	114
28. 02. 83	Tabelle	154	144
31. 03. 83	Presse	117	117
31. 03. 83	Tabelle	157	147
30. 04. 83	Presse	126	126
30. 04. 83	Tabelle	160	149
31. 05. 83	Presse	173	173
31. 05. 83	Tabelle	215	204 (Tabelle 1)

Schon im Mai fand in Duisburg eine Tagung statt, die die Beobachtung von politischen Prozessen in der Türkei zum Inhalt hatte. Es war ein Treffen von Fachleuten: deutsche

Rechtsanwälte, die politische Prozesse beobachtet hatten, Türkeiexperten und Vertreter von Organisationen wie Amnesty International, Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter und die Menschenrechtskommission Türkei des niederländischen Parlaments. Ziel der Tagung war, sowohl vorhandene Erfahrung auszutauschen und zu systematisieren, als auch Perspektiven und Schwerpunkte für eine weitere Arbeit zu entwickeln.

Auf der Grundlage von 17 zum Teil sehr umfangreichen und juristisch qualifizierten Protokollen von Prozeßbeobachtungen kamen die Teilnehmer der Tagung zu folgender Bewertung: Die türkische Militärjustiz verstößt in weitreichendem Umfang gegen international anerkannte Rechtsnormen und Menschenrechtskonventionen. Zwei Arbeitsgruppen haben dies in Duisburg unter juristischen Gesichtspunkten detailliert untersucht: die erste zu den Themen Spektrum der Verfolgten, U-Haft, Folter und Strafvollzug; die zweite Arbeitsgruppe untersuchte Fragen nach Verteidigungsrechten, Prozeßführung, Strafmaß und bewertete die türkische Rechtslage. Einige Beispiele:

Die systematisch betriebene legislative Einschränkung demokratischer Rechte durch die türkischen Militärs und die gezielte Kriminalisierung der Opposition liefern den Rahmen für Massenprozesse. Die Verfolgungsbehörden haben umfangreiche Befugnisse (z.B. erlaubter Todesschuß) und unterstehen direkt den Kriegsrechtskommandanturen. Es besteht keine richterliche Kontrolle über Polizeihaft und U-Haft. Die Haftbedingungen verstoßen gegen Minimalforderungen (bis zu 4 Gefangene pro Bett, gesundheitsgefährdende Bedingungen). Es gibt starke Indizien dafür, daß Folterungen vielfach von geschulten Verhörexperten systematisch betrieben werden. Die zunehmende "Verfeinerung" von Foltermethoden läßt die spezifische Handschrift des CIA vermuten. Folterungen können keinesfalls als einzelne Übergriffe bewertet werden. Die Rechte der Verteidigung sind massiv eingeschränkt. Nicht genehme Wortmeldungen von Anwälten und Angeklagten können zum Ausschluß von Verfahren führen, bei Wiederholung

## Tagung "Massenprozesse in der Türkei - Zur Rechtsstaatlichkeit der Militärgerichte"

für die ganze Zeit des Prozesses. Richter können während eines laufenden Verfahrens versetzt werden. Die Liste der Beispiele ließe sich noch weitreichend ergänzen.

Die Prozeßbeobachter schrieben teils juristisch relevante, teils öffentlichkeitswirksame Berichte und standen in ihren Regionen/ihrer Umgebung für Veranstaltungen zur Verfügung. Bezweckt werden von den Rechtsanwälten im wesentlichen zwei Dinge: allgemein aufzuklären über die Verletzung der Menschenrechte bei den Gerichtsverfahren und speziell Informationen zusammenzustellen, die bei Asylverfahren hier verwendbar sind.

Eine Bedeutung haben Prozeßbeobachtung und deren Auswertung auch in Hinblick auf die Klage wegen Menschenrechtsverletzung, die fünf europäischen Staaten beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg gegen die Türkei eingereicht haben.

Die Teilnehmer des Duisburger Treffens halten es bei der Planung von zukünftigen Prozeßbeobachtungen für wichtig, daß neben Juristen Vertreter gesellschaftlicher Gruppierungen an den Delegationen teilnehmen, um so eine stärkere Einbindung und Wirk-

samkeit der Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. z. B. Gewerkschaften, Kirchen, Institutionen und Organisationen im politischen, sozialen und humanitären Raum.

Als weiterer wichtiger Zielpunkt wurde angepeilt, sich dafür stark zu machen, daß auch die türkischen Gefängnisse besucht werden dürfen.

Dies war bislang nicht möglich, wenn man von 2 Schauvorführungen absieht, die die türkische Regierung inszeniert hat, und ist selbst dem Roten Kreuz verweigert worden.

Delegationen, z.B. bestehend aus Rechtsanwälten, Medizinern und anderen Fachleuten, müssen die Möglichkeit erhalten, sich vor Ort von den Zuständen in den türkischen Knästen zu überzeugen.

Nicht zuletzt der Hungerstreik in den Gefängnissen zeigt, daß die Verhältnisse dort gegen jedes Menschenrecht verstoßen. Ziel der Inhaftierung ist nicht nur - im Sinne der Generäle - zu bestrafen, sondern die Persönlichkeit der politischen Gefangenen völlig zu brechen.

## Spendenaufruf für politische Verfolgte in der Türkei und Türkei-Kurdistan

Täglich werden in der Türkei und in Türkei-Kurdistan Menschen wegen ihrer politischen Meinung verhaftet. Täglich werden Menschen verurteilt und unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten. Hunderte sind zum Tode verurteilt, Hunderte wurden 'auf der Flucht' erschossen. Viele Zehntausend werden verfolgt, gesucht und müssen in der Illegalität leben, um sich vor Haft, Folter oder Tod zu schützen.

Die für November von den Generälen versprochene "Demokratisierung" verschärft diese Situation noch, denn die Militärjunta setzt alles daran, die politische Opposition vor diesem Termin erheblich zu schwächen. Die Aggressivität dabei zeigt sich am deutlichsten beim Einmarsch türkischer Armeeeinheiten in Irak-Kurdistan, was nur noch als offener Krieg gegen die kurdische Bevölkerung bezeichnet werden kann. Die politisch Verfolgten brauchen dringend unsere Hilfe, sowohl in politischer als auch in finanzieller Hinsicht.

Es wird Geld gebraucht, um:

- Menschen das Überleben im Untergrund zu ermöglichen
- Gesuchten die Flucht zu ermöglichen
- ihnen nach einer möglichen Verhaftung die finanziellen Mittel für die Verteidigung zukommen zu lassen.

Spendet auf die Konten der ALTERNATIVE TÜRKEIHILFE (die alternative türkeihilfe ist eine gemeinnützige anerkannte Organisation, so daß Spenden steuerlich voll absetzbar sind)

ALTERNATIVE TÜRKEIHILFE  
Kreissparkasse Herford - Bünde  
Nr. 20 50 3 BLZ 49450120  
Kontakt über Michael Helweg 05221 / 74462

Dieser Spendenaufwurf wird bis heute unterstützt von:  
DIE GRÜNEN im Bundestag; GAL Hamburg; AL Berlin; DAAB Hamburg; C. E. D. R. I. Basel; Informationsstelle Türkei Köln; Redaktion der türkei information

## Neue Verhaftungswelle in Istanbul und Ankara

Unter dem Motto "der alte Terror ist noch nicht restlos besiegt" fanden in Istanbul und Ankara neue Operationen statt, bei denen erneut zahlreiche Menschen verhaftet wurden. In Ankara waren davon ausschließlich Mitarbeiter des "TAM IKTISAT-CILAR BIRLIK" (einem ökonomischen Institut), sowie Mitarbeiter der Universität betroffen, während sich die Operationen in Istanbul generell gegen die verbliebene lin-

ke Szene richteten. Alle Verhaftungen wurden von den alten DAL-Kommandos, die wieder neu aufgebaut worden sind, vorgenommen.

Diese jüngste Verhaftungswelle hat offenbar zwei Ziele: zum einen befürchtet die Junta ganz konkret, daß die Linke versucht, sich unter den jetzigen Bedingungen wieder zu reorganisieren, d.h. die Debatte um den "Demokratisierungsprozeß" für

sich nutzen wird. Zum anderen benötigt die Militärjunta diese Verhaftungen als Propagandaaktion vor den anstehenden Wahlen, um damit der Bevölkerung zu demonstrieren, daß der Terror der "Extremisten" weiterhin lebendig ist, und daß es demzufolge nur eine Entscheidung geben kann: Ruhe und Ordnung = Militär oder aber Chaos und Terror.

Wenn die regierende CDU/CSU sich zur Türkei äußert, so verweist sie immer stolz auf die Einhaltung des Fahrplanes, den General Evren am Jahresende 1981 den Europäern angeboten hat. Die Stimmen, die leise gegen das Verbot ihrer Schwesterpartei in Gestalt der 'Partei der Großen Türkei' protestieren, müssen schweigen, da die Interessen, die man mit der Türkei verbindet, doch zu groß sind. Arbeitsminister Norbert Blüm, als soziales Aushängeschild der CDU, wagte sich gerade einmal zu einer Formulierung wie 'nach einer Rückkehr zur Demokratie wird die Türkei noch mehr Freunde in Deutschland haben' (Tercüman vom 6.7.83).

Hier drückt sich aber aus, daß diese Kreise gewillt sind, die kontrollierte Phase des 'Demokratispielchens' als echte Demokratie zu verkaufen. Dabei zeigen die Ereignisse eindeutig, daß es eine freie politische Betätigung auch nach der Einrichtung des Parlamentes nicht geben wird.

Die Spannung aus dem Karussell der Parteibildung ist nach dem Verbot der Demirel-Partei gewichen. Von den 16 Politikern, die nach Canakkale verbannt wurden, ist nichts mehr zu hören oder zu lesen. Nach dem Verbot der konservativen 'Partei der Großen Türkei' hat es zwar etliche Bestrebungen gegeben, die 'Lücke' auszufüllen. Dabei vertrat Juntachef Evren im Verein mit seinem 'Kronprinzen' Turgut Sunalp die Meinung, daß es gar keine Lücke gebe, d.h. die beiden pensionierten Generäle (Evren nun auch nach seinem Abtritt als Generalstabschef) werden schon dafür sorgen, daß die MDP (Partei der nationalistischen Demokratie) ohne Konkurrenten auf der Rechten ins Rennen gehen wird.

Die MDP ist dabei in jeder Hinsicht privilegiert. Während bei anderen Parteien gegen bis zu 80% der Gründer ein Veto eingelegt wird, erhält die MDP sogar eine Sondererlaubnis für Personen, die schon formal unter das Verbot der politischen Betätigung fallen. Evren betont auf seinen Propagandatouren durch das Land (wenn er noch 11 Städte besucht, hat er alle 67 Provinzhauptstädte der Türkei einmal nach dem Putsch besucht) zwar immer wieder, daß die Bürger ihrem freien Willen nach abstimmen sollen, er sagt aber auch immer dazu, daß sie den alten Politikern nicht auf den Leim gehen sollen.

Seine Kritik gilt kaum noch einer Opposition aus dem linken Lager, das nur mit letzter Anstrengung einen Abklatsch von Sozialdemokratie für die Wahlen aufbringen wird, sondern eher den rechten Kräften im Lande, die mit der mageren Zuteilung von demokratischen Rechten immer unzufriedener werden.

Die Parallele des Ex-CHP-Vorsitzenden Bülent Ecevit mit einem der stärksten Männer auf der Rechten, die man noch nicht von der politischen Bühne verbannt hat, Mehmet Yazar (Vorsitzender der Kammern der Türkei), in puncto Parteibildung überrascht dann wenig. Beide gehen davon aus, daß unter den derzeitigen Umständen in der Türkei keine Parteigründung möglich ist. Dies hat die Junta unmißverständlich dem Spitzenkandidaten in einer möglichen Partei von Mehmet Yazar, dem General Hilmi Firat, zu verstehen gegeben und prompt zog sich auch diese Mannschaft aus der Politik zurück.

Schon jetzt wettet Evren dagegen, daß die ausgebotteten Kreise für einen Wahlboykott werben (Abgabe von leeren Zetteln). Bei seinen Auftritten in der Westtürkei verglich er die Kampagne gegen die Wahlen im November mit der Ablehnungskampagne gegen die Verfassung und kündigte an, daß auch dieses Mal diesen 'Saboteuren' eine Abfuhr erteilt wer-

# Mit Riesenschritten zur 'Militärdemokratie'; Die Parteiengründungen

Endlich kann die Presse in der Türkei wieder über Bewegungen auf der politischen Bühne berichten. Seit der 'Freigabe' der Parteiengründungen am 16.5.83 sind nun schon mehr als 10 Parteien beim Innenministerium angemeldet worden. Aber das Veto der Junta gegen rund 60% der Gründer

zeigt, daß hier nur Politik von Generälen Gnaden gemacht werden darf. Da bei den Kandidaten für das Parlament ebenfalls eine Auswahl der Junta angetreten wird, ist die Route jetzt schon klar: wer nicht die Politik der Junta verfolgt, hat keine Chance auf Diäten eines Abgeordneten.

den würde. Welche Mittel er dazu noch -außer Bestrafung für Nichtteilnahme an den Wahlen mit 2500 Lira (ein Fünftel eines Monatsverdienstes) -aufbietet wird, wird sich erst in der nächsten Zukunft zeigen.

Evren sich zu den Wahlen äußern darf (wie bei der Abstimmung über die Verfassung).

Während sich also immer größere Kreise aus der staatlich verordneten Politik zurückziehen, treten doch immer wieder Personen auf, die unter irgendeiner Bezeichnung, wie 'Unsere Partei', 'Flaggenpartei' oder anderen seltsamen Namen eine Mannschaft von 30 Gründern zusammenstellen. Da niemand von ihnen eine Chance haben wird, lohnt es sich nicht darauf einzugehen. Allerdings sollte auf die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei und den Versuch, eine zivile rechte Partei aufzubauen, genauer eingegangen werden.

## HABEN DIE SOZIALDEMOKRATEN EINE CHANCE?

Die langen Streitigkeiten im Lager der Sozialdemokraten schienen nach der Kandidatur des Sohnes von Alt-Haudengen Ismet İnönü beseitigt. Ohne Konkurrenz auf der linken Seite wurde am 6.6.83 die Partei beim In-

nenminister angemeldet. Dann aber erfolgte die kalte Dusche. 21 der 37 Gründungsmitglieder erhielten ein Veto der Junta. Darunter waren neben der vereinigenden Figur von Prof. Erdal İnönü auch andere bekannte Persönlichkeiten wie der Vorsitzende der Anwaltskammer der Türkei, Atilla Sav, oder der Vorsitzende der Gewerkschaft Yol-Is, Muzaffer Sarac.

Einen Tag lang stand die Frage im Raum, ob die Sozialdemokraten mit den übrigen 16 Gründungsmitgliedern überhaupt würden weitermachen. Dann aber machte man sich auf und verkündete die Fortsetzung der Parteiarbeit. Der neue Vorsitzende Cezmi Karatay besaß sogar die Frechheit, die abgelehnten Gründer gleich am nächsten Tag von den internen Beratungen auszuschließen. Das zeigt denn auch, was bei den sogenannten Sozialdemokraten der SODEP (Partei der sozialen Demokratie) übrig geblieben ist: reine Spekulation auf Parlamentssitze.

Obwohl nun alle Namen mit Anziehungskraft für die Wähler aus der Liste der Gründer gestrichen waren, wurden von den neu benannten 21 Gründungsmitgliedern erneut 13 mit einem Veto belegt, so daß immer noch 6 Gründer für das nötige Limit der Zulassung fehlen. Die Frage aber, ob es die SODEP bei den Wahlen überhaupt noch geben wird, hat nichts mit den Verboten zu tun. Die verbliebenen Opportunisten werden die nötigen Namen schon finden. Innere Reibereien um Posten könnten aber zu einer weiteren Schwächung führen und dann wird vielleicht das wahr, was der Vorsitzende der 'Staatslinken', Necdet Calp, von der Populistischen Partei (HP) seit langem propagiert: eine Zusammenlegung der zwei Parteien auf einer angeblich linken Linie. Necdet Calp weiß, daß er bei einer weiteren Existenz der SODEP, von der eigentlich nur noch der Name 'soziale Demokratie' übrig geblieben ist, dennoch keine Chance hat, im Parlament die Funktion der Opposition zu bekommen. Ohne eine Vereinigung der Parteien würde die HP ganz sicher unter der 10% Hürde bleiben.

Aber eine Oppositionspartei wollen die Generäle schon haben. Und wenn die 'Sozialdemokraten' nicht den richtigen Kurs steuern sollten, so kann man sie immer noch ausbooten, um dann der 'Vaterlandspartei' des Turgut Özal den Weg zu öffnen. Nach der MDP ist seine AnaP die Partei, die mit ihren Aufbauarbeiten am weitesten fortgeschritten ist und noch eher als die Sozialdemokraten ins Parlament einziehen dürfte.

## WIRD DIE LÜCKE AUF DER RECHTEN GESCHLOSSEN ?

Bei dem Verbot der BTP (Partei der Großen Türkei) gab es in und außerhalb der Türkei keine ernsthaften Proteste. Man konnte sich höchstens die Frage stellen, ob der alte Fuchs Süleyman Demirel mit seinen guten Verbindungen zu den USA schon seine Trümpfe ausgespielt hatte.

Beim Poker um die Macht im Staate zu hoch gereizt und alles verloren, war aber die einhellige Meinung der Öffentlichkeit. Außerdem wurde jede neue Initiative auf der Rechten mit Argusaugen dahingehend beobachtet, ob sich hier vielleicht ein Einfluß von Demirel bemerkbar machte.

Alte Freunde und die Bekannten dieser Freunde brauchten also gar nicht erst anzutreten. Als dann der Kammerpräsident Mehmet Yazar, der auch mit dem Ministerpräsidenten Ulusu in Verbindung gebracht wurde, aus der politischen Arena abtrat, da wurde die Ohnmacht der Rechten bei der Schaffung einer unabhängigen Partei überdeutlich.

Dennoch gab es noch einen Versuch, eine Fortsetzung der BTP auf kleinem Niveau zu erreichen. Als die Militärs aber merkten, daß sich in der Partei des 'richtigen Weges' (DYP) zwei einfache Mitglieder der BTP in die vordersten Plätze geschoben hatten, erließen sie gleich gegen 30 der 34 Gründer ein Veto. Bei den Ex-AP'lern war das vielleicht nicht verwunderlich, da sie ja auch schon der BTP beigetreten waren (so mußten der Vorsitzende Ahmet Nusret Tuna und Orhan Dengiz den Hut nehmen), aber das Veto gegen einen Vertreter der Beratenden Versammlung, Ahmet Sanver Dogu, war dann doch erstaunlich.

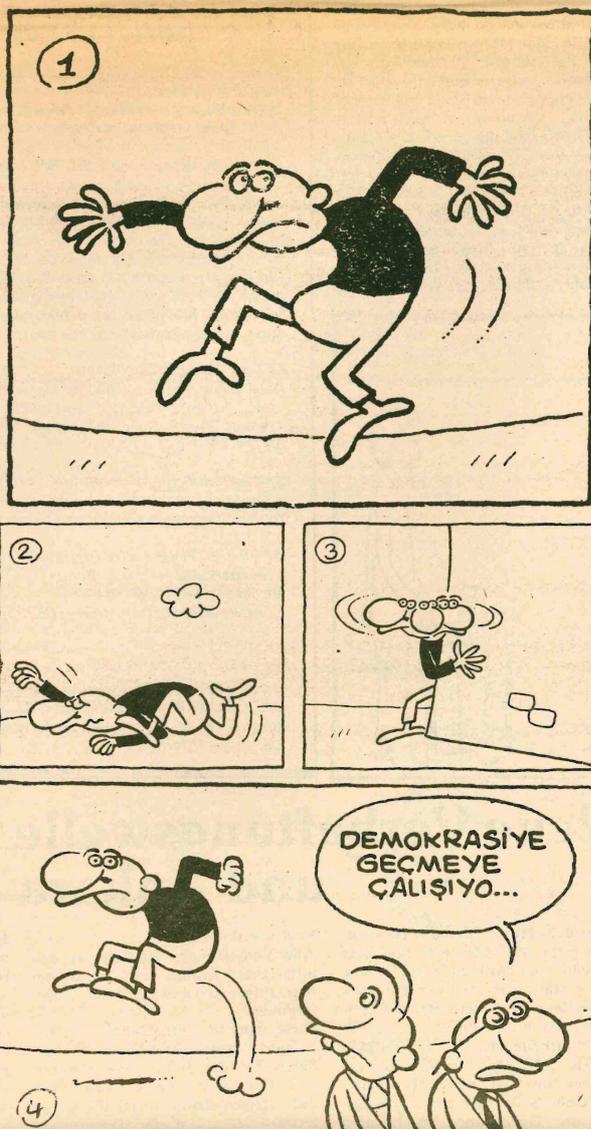
Denn schließlich war die Beratende Versammlung ja eigenhändig von der Junta zusammengestellt worden. Nachdem nun schon Etliche der MDP beigetreten waren und auch andere Parteien Mitglieder der Beratenden Versammlung aufnahmen, war die DYP die erste Partei, bei der ein solches Mitglied durch die Junta gestrichen wurde.

Sie haben zwar wieder 30 Gründungsmitglieder aufstellen können, aber sollte die Junta den Eindruck bekommen, daß hier ernsthaft Konkurrenz zu der MDP heranwächst, so könnte auch diese Partei verboten werden. Neben einer Reihe von religiös gefärbten Parolen ist die DYP dadurch hervorgetreten, daß sie sich unumschränkt zur Demokratie bekennt und z.B. die Ansicht in die Öffentlichkeit trägt, daß man für die Herstellung von Ruhe und Ordnung nicht auf Demokratie verzichten muß. Das hatte übrigens vorher auch die BTP verkündet.

## WIE GEHT'S WEITER ?

Das Auf und Ab um die Parteibildung ist zwar lange noch nicht abgeschlossen, aber die Linie ist längst klar. Man wundert sich inzwischen auch gar nicht mehr, wenn aus einer Partei von 73 Gründern 62 gestrichen werden, der Rest dann zurücktritt und nun ein formelles Auflösungsverfahren eingeleitet wurde. Die Mitglieder der YGP (Partei der erhabenen Aufgabe) waren aber ebenso wie die Mitglieder der YDP (Partei der neuen Geburt) Anhänger der 1960 einmal verbotenen DP (Demokratische Partei). Im Falle dieser Partei jedoch wurde der Antrag des obersten Staatsanwaltes auf Veto gegen 6 Gründer (als ehemalige Abgeordnete der DP) noch nicht durch die Junta bestätigt. Im Gegenteil, es wurde ein Dekret speziell für die Verurteilten nach dem Putsch von 1960 erlassen, daß sie nicht unter das Verbot des Artikels 76 der Verfassung fallen. Hier ist bestimmt, daß alle Politiker, die verurteilt wurden, selbst im Falle einer Amnestie nicht Gründer von Parteien sein können. Mit dem Dekret Nr. 91 hat nun die Junta das Verbot für alle DP-Mitglieder aufgehoben, die im Jahre 1960 verurteilt und später amnestiert worden waren.

Also vollkommen unterschiedliches Verhalten im Falle von zwei Parteien mit praktisch identischer Ausrichtung. Diese anscheinende Willkür kann nur damit erklärt werden, daß die Verhandlungen einer Seite eben erfolgreicher als im anderen Fall verliefen. Die Gunst bei den Generälen aber geht in jedem Fall über Wohlverhalten, so daß wir Politiker mit Rückgrat im Parlament der Türkei nicht erwarten dürfen.



## Offener Brief an den bundesdeutschen Justizminister

Folgender Brief wurde von den deutschen Mitgliedern zweier internationaler Delegationen, die anlässlich des Hungerstreiks in den Istanbul Gefängnissen in die Türkei führen, bei ihrer Rückkehr an den bundesdeutschen Justizminister Engelhard geschrieben:

Sehr geehrter Herr Justizminister, wir wir den heutigen Zeitungen entnehmen, vertreten Sie weiterhin die Ansicht, daß aus der Bundesrepublik ausgelieferte türkische Staatsbürger in ihrer Heimat nicht gefoltert oder mißhandelt würden. Diese Behauptung erstaunt uns umso mehr, als wir gerade als Teilnehmer zweier Delegationen aus der Türkei zurückgekehrt sind, und unsere dort zusammengetragenen Informationen begründete Zweifel am Wahrheitsgehalt Ihrer Darstellung hinterlassen.

Wir erfuhren in Istanbul von der Massenabschiebung am Freitag, dem 12. 8., und zwei Mitglieder unserer Delegationen, der Rechtsanwalt Werner SCHINDLER und der Arzt Dr. Roland HOHLBAUM, begaben sich sofort zum Flughafen und beobachteten die Ankunft. Die Abgeschobenen wurden erst nachdem alle anderen Passagiere die Paß- und Zollkontrolle durchlaufen hatten, vom Rollfeld, auf dem sie ebenfalls unter strenger Bewachung abgeschirmt worden waren, in Zweier- oder Dreiergruppen durch die Paßkontrolle geführt. Viele von ihnen machten den Eindruck, daß sie unter einem valiumähnlichen Medikament standen, sie gingen schwankend, mußten zum Teil gestützt werden und hatten einen apathischen Gesichtsausdruck. Die Abgeschobenen wurden sofort in einen bereitstehenden Polizeibus geschafft und weggebracht. Die türkischen Zeitungen berichteten am folgenden Tag, daß sich, entgegen den Behauptungen der deutschen Behörden, sehr wohl auch Personen, die von der türkischen Junta wegen politischer Opposition gesucht wurden, unter den Abgeschobenen befanden. Auch die Tatsache, daß laut Meldungen der türkischen Zeitungen, acht der Abgeschobenen zur 1. Abteilung des Istanbul Polizeipräsidiums Gayrettepe gebracht wurden (die Übrigen zur 2. Abtei-

lung in Sirkeci/Istanbul), weist darauf hin, daß es sich um politisch Gesuchte handelt. Wir selbst hatten am Freitagvormittag eben diese 1. Abteilung, die politische Polizei besucht, und mit dem stellvertretenden Polizeidirektor gesprochen. Dieses Gespräch hinterließ bei uns den Eindruck, daß dort durchaus mit psychischem und physischem Druck Geständnisse angefertigt werden, obwohl der Polizeidirektor dieses zurückwies, allerdings mit dem Hinweis: 'Wir sind Polizisten. Die Polizei ist auf der ganzen Welt gleich. Wenn Sie uns so etwas fragen, sagen wir natürlich, daß wir so etwas nicht tun.' Er selbst sprach davon, daß bei 'hartnäckigen' Festgenommenen 'Spezialisten' zur Verfügung stehen, die mit 'besonderen Verhörmethoden' die Festgenommenen zu Geständnissen bewegen würden. Angehörige von Gefangenen, ehemalige Inhaftierte aus verschiedensten Kreisen, sowie auch sämtliche Angeklagte in den Prozessen, die wir beobachteten, bestätigten einhellig, daß insbesondere im Polizeipräsidium Gayrettepe alle Arten von physischer und psychischer Folter angewendet werden (u.a. Elektroschock, Bastonnade, Aufhängen, ehrverletzende Beleidigungen).

Wir nehmen an, daß Sie die Ihren Äußerungen zugrundeliegenden Informationen über die Vertretungen der Bundesrepublik in der Türkei erhalten. Wir haben sowohl mit Konsultatsangehörigen in Istanbul als auch mit Vertretern der Deutschen Botschaft in Ankara gesprochen und müssen zugeben, daß wir einigermaßen erstaunt waren, daß diese Vertreter Mißhandlungen als Maßnahmen der Polizei betrachten, die in der Tradition der Türkei begründet liegen und daher nicht mit 'westeuropäischen Augen' angesehen werden dürften. Wir denken, daß, selbst wenn es eine solche Tradition geben sollte, die Haut der Menschen, die geschlagen werden, dadurch nicht dicker ist, und auch die Schmerzempfindung die gleiche ist, wie bei uns und bei Ihnen.

Wir haben uns auch nach Ausgelieferten und Verhafteten erkundigt und nachgefragt, inwieweit sich Konsulat bzw. Botschaft um diese küm-

mert, und bekamen die Auskunft, daß dieses geschehe. Ein konkreter Fall konnte uns jedoch nicht genannt werden, und der Botschaftsvertreter in Ankara gab zu, daß er zum Beispiel den vor 8 Monaten (!) bei einem Privatbesuch in der Türkei festgenommenen türkischen Lehrer Sakir BILGIN, Bediensteter des Landes Nordrhein Westfalen, noch nicht einmal besucht habe.

Bezüglich der Folterungen und Haftbedingungen äußerten sich die deutschen Behörden eher im Sinne der Militärregierung, was umso mehr erstaunt, als selbst ein Mitarbeiter im Range eines Abteilungsdirektors des türkischen Außenministeriums (also dem an erster Stelle zuständigen Gesprächspartner der deutschen Behörden) uns gegenüber erklärte, seiner Ansicht nach seien mindestens 90% der Foltervorwürfe berechtigt, und damit die Aussagen anderer Gesprächspartner erhärtete!

Wegen all unserer Gespräche mit Privatleuten, mit türkischen Offiziellen und auch mit Angehörigen der deutschen Vertretungen in der Türkei, sehen wir uns veranlaßt, Ihre Behauptungen energisch zu widersprechen. Unsere Befürchtungen bezüglich Folter und Mißhandlungen bei der Polizei und bezüglich unmenschlicher Haftbedingungen in den Militärgefängnissen haben sich bestätigt, und es besteht für uns kein Anlaß, anzunehmen, daß diese Maßnahmen bei aus der Bundesrepublik Ausgelieferten nicht angewendet werden. Insbesondere nachdem wir heute von der Informationsstelle Türkei in Köln erfuhren, daß Verwandte des Ausgelieferten Sami MEMIS, die sich bei der türkischen Polizei nach ihm erkundigten, die Auskunft bekamen, daß er sich nicht dort befände, fühlen wir uns verpflichtet, Sie, Herr Justizminister, aufzufordern, Ihre Ansicht zu überprüfen und keiner weiteren Auslieferung an die Militärregierung in der Türkei zuzustimmen.

Hochachtungsvoll gez.

Rechtswälte Wilhelm STEITZ, Mülheim/Ruhr  
Werner SCHINDLER, Hannover  
Gerd FLINT, Dortmund  
Pastor Hermann BERGENGRUEN, Sarstedt,  
Arzt Dr. Roland HOHLBAUM, Braunschweig.

Als begleitender Journalist schließt sich Michael FENDER, Hannover, den Ausführungen der Delegationsmitglieder an.



## "COUNTDOWN für PINOCHET"

Was sich den Bewohnern des Landes als hoffnungsloses Fiasko darstellt, ist die große Hoffnung einer Millionen Exilierter: Der Zusammenbruch des monetaristischen Wirtschaftssystems in Chile ist der wesentliche Auslöser für die immer massiveren Proteste gegen die Diktatur Pinochets. Jahrelang konnte General Augusto Pinochet die Bevölkerung Glauben machen, daß die schlechte wirtschaftliche Lage der Preis sei, den man für den späteren allgemeinen Wohlstand bezahlen müsse. Doch heute läßt sich dieses Ammenmärchen angesichts der Realität nicht mehr verkaufen. Angesichts von über 30 prozentiger Arbeitslosigkeit, einer Auslandsverschuldung, die bei rund 20 Milliarden Dollar liegt, einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 14% gegenüber dem Vorjahr und über 3000 Konkursen seit 1973 - dem Jahr des Militärschritzes - angesichts dieser Fakten läßt sich die Opposition in Chile nicht länger unterdrücken.

Um die Diktatur zu beseitigen kämpfen heute alle oppositionellen Kräfte Seite an Seite, was nach seinem Sturz wohl kaum der Fall sein dürfte. Denn mit denunterschiedlichen Interessenlagen scheiden sich auch die Geister. Welche Gruppen können ihren Einfluß geltend machen?

Frau Allende beispielsweise zieht die Möglichkeit in Betracht, daß sich eine Veränderung durch Teile des Militärs gemeinsam mit der Bourgeoisie im Einklang mit den USA vollziehen könnte. Das hieße jedoch nichts anderes, als die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsstrukturen - mit "kosmetischen" Veränderungen - und der Herstellung einer Rechtsstaatlichkeit, die in erster Linie den Vorteil einer Ansehensverbesserung Chiles auf internationaler Ebene zur Folge hätte. Die tatsächliche Verbesserung der Situation der Arbeiter bliebe dahin gestellt.

Doch das bleibt sie auch im Fall einer sogenannten "Mitte - links - Veränderung", die die Christdemokraten einbezieht. Diese Situation wäre wahrscheinlich die günstigere. In beiden Fällen jedoch hat die chilenische Finanzoligarchie die wesentlichen Fäden in der Hand. Und wenn Clodomiro Almeyda auf die Frage, wie er die Chancen einer reformistischen Regierung einschätzt, zur Antwort gibt, daß dies auf jeden Fall nur eine Übergangslösung sein könnte, spricht er der Linken in Chile außerordentliche Manövriere - und Einflußmöglichkeiten zu.

Wenn Almeyda die Forderung aufstellt, daß eine neue Regierung in Chile sowohl "einen radikalen Wandel innerhalb der Streitkräfte herbeiführen und der Staat die Planung und Führung der Wirtschaft übernehmen muß", dann setzt dies einen Demokratisierungsprozess voraus, an dem die chilenische Linke einen wesentlichen Anteil hat.

Weder eine Regierung der sogenannten "kontrollierten Demokratie", noch eine Regierung, die sich aus Militärs und zivilen Kräften zusammensetzt, keine Regierungsform, in der die Finanzoligarchie eine entscheidende Rolle spielt, wird der Linken diesen Einfluß freiwillig zugestehen. Und wenn Almeyda sagt "In Chile führt nur die Vertiefung der Demokratie zum Sozialismus", so bleibt zu hoffen, daß die chilenische Linke die Fehler der Zeit der Unidad Popular unter Allende (1970 - 1973) kein zweites Mal begehen wird.

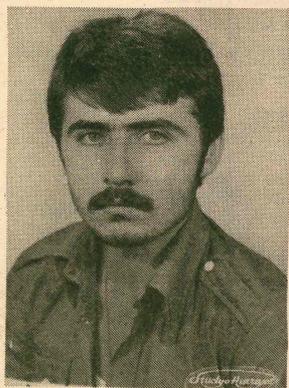
Das Volk hat die Angstschwelle überschritten. Eine Angstschwelle, die durch jahrelange Repression, Verfolgung, Folter und Mord, aufgebaut die schwer zu überwinden war. Doch ihren jetzigen Mut ziehen die Chilenen nicht nur aus der Tatsache, "daß sie nichts mehr zu verlieren haben", sondern wesentlich daraus, daß sich selbst Mittelstand und Teile der Oligarchie heute offen gegen Pinochet stellen. Auch die, die vor zehn Jahren die Steigbügel hielten, um die Militär - Junta in den Sattel zu hieven, sehen heute ihre Interessen bedroht und wechseln das Lager.

So schlagen heute Arbeiter und Bürgerliche gemeinsam auf leere Kochtöpfe und geben damit das Zeichen, das 1973 den Sturz der sozialistischen Regierung Allendes einleitete.

Auf einem Kongreß unter dem Titel "Für Chiles Freiheit", der kürzlich in Münster abgehalten wurde, waren sich denn auch alle Vertreter des linken Parteienspektrums darüber einig, daß es nur eine Frage der Zeit sei, bis zu Pinochets Sturz. Die Witwe Allendes drückte dies so aus: "Der Countdown für Pinochet hat begonnen!" Wie lange er dauern wird, ist fraglich. Immerhin hat sich Pinochet international bereits so weit isoliert, daß es den USA nicht weiter schwer fallen dürfte, ihn als Gallionsfigur fallen zu lassen. Um ihn als Person auszuwechseln fehlt der geeignete Nachfolger, auch würden sich Mittelstand und Kleinbourgeoisie mit einer solchen Farce wohl kaum zufriedustellen lassen.

Doch das Problem, das sich stellt, ist nicht "Pinochet - ja oder nein", sondern "Pinochet - und was dann"!

## Abschiebepaxis der BRD wird unvermindert fortgesetzt



Sami Memis

Am 12. August 1983 wurden 39 Personen vom Flughafen Frankfurt aus in die Türkei abgeschoben. Unter den überwiegen in Bayern und Nordrhein-Westfalen Lebenden befanden sich 7 Kinder.

Entgegen der Meldungen in der deutschen Presse handelte es sich keinesfalls ausschließlich um "Kriminelle" bzw. Menschen, die keine gültige Aufenthaltserlaubnis mehr hatten, unter den Abgeschobenen befanden sich auch Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt worden war, darunter Sami Memis.

Durch den Fall von Sami Memis kam diese Abschiebung an die Öffentlichkeit. Seine Tante, die ihn in der Abschiebehaft besuchen wollte, erfuhr von den dortigen Zuständigen, daß er

bereits auf dem Flughafen Frankfurt sei.

Von diesem Zeitpunkt an begann eine breite Solidaritätsbewegung in der gesamten Bundesrepublik. Zahlreiche Organisationen, Einzelpersonen, Anwälte, Mitglieder kirchlicher Einrichtungen und der Hohe Flüchtlingskommissar bei den UN, Dr. Köfner, versuchten, diese Abschiebungen und insbesondere die Abschiebung von Sami Memis zu verhindern.

So versammelten sich vor dem Frankfurter Flughafen an die 150 Personen aus der Türkei und der BRD, unter ihnen Detlef Lüderwaldt, Jürgen Micksch (EKD), Vertreter der IG Metall und anderer Organisationen und Verbände und versuchten, die Abschiebung zu verhindern. Der Betriebsrat des Flughafens solidarisierte sich mit dieser Aktion und bemühte sich bis zum Abflug der Maschine, den Piloten am Abflug zu hindern. In einem Interview des Hessischen Rundfunks protestierte Detlef Lüderwaldt auf's Schärfste gegen die Abschiebepaxis, die Grünen appellierten an die Bundesregierung, an alle Parteien und an die Presse, zu protestieren, da diese Praxis "Beihilfe zu Folter und Mord ist und mit demokratischen Prinzipien nicht zu vereinbaren ist."

Trotz aller Proteste wurden alle vom Frankfurter Flughafen, von wo aus jährlich mehr als 5 000 Ausländer abgeschoben werden, in die Türkei verfrachtet.

Im Fall von Sami Memis gab es bis zum Schluß widersprüchliche Meldungen. Erst hieß es, er sei in Frankfurt, später wurden die Meldungen bestätigt, daß er zum Flughafen München gebracht

und dort den türkischen Behörden übergeben worden sei. Sami Memis wurde in München von zwei Sicherheitsbeamten der Türkei "in Empfang genommen".

Mitglieder zweier Delegationen, die sich anlässlich des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in Istanbul aufhielten, konnten die Ankunft der 39 Abgeschobenen beobachten. Dr. Roland Hohlbaum, Arzt, berichtete, er habe den Eindruck gehabt, daß die Abgeschobenen unter einem valiumähnlichen Medikament standen, sie gingen schwankend, mußten gestützt werden und hatten einen abwesenden Gesichtsausdruck. Acht der Abgeschobenen wurden in die 1. Abteilung des Istanbul Polizeipräsidiums in Gayrettepe gebracht, das berühmte Folterzentrum, in das ausschließlich politische Verdächtige gebracht werden. Bis heute ist nicht klar, wieviele der Abgeschobenen sich noch in Haft befinden.

Die Abschiebungen von "Illegalen", "Kriminellen" und von abgelehnten Asylbewerbern werden noch verstärkt durchgeführt werden, wenn die Vorschläge der Kommission "Ausländerpolitik" Gesetz werden. Schon jetzt zeigt sich, daß Ausländerbehörden vielfach schon im Vorgriff auf das neue Ausländergesetz handeln. Vorgänge verschleppen oder aber Maßnahmen anwenden, die bisher noch nicht Gesetz sind.

Unser Kampf muß sich dementsprechend gegen das geplante Ausländergesetz und insbesondere gegen die Abschiebungen richten.

# Verständnis von Solidaritätsarbeit bei PKK: Die Kritik an BIRKOM

Während in Devrimci Isci und der Türkei - Information eine intensive Diskussion von Genossen aus Deutschland und der Türkei um die richtige Form der Solidaritätsarbeit geführt wurde, hat sich jetzt das Organ der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Serxwebun, in ihrer Nummer 19 von Juli 1983 mit einem Artikel über Birkom und die Aktivitäten in Europa zu Wort gemeldet, ohne aber selber das Bedürfnis dabei zu äußern, die eigenen Ansichten mit Außenstehenden (hier: Nichtangehörige von BIRKOM) zu diskutieren. Wenn wir hier also die wesentlichen Ideen des seitigen Artikels auf den mittleren Seiten wiedergeben, so tun wir das, um die deutschsprachige Öffentlichkeit über eine solche Betrachtungsweise zu informieren. Ob dies die Freunde von PKK bewegt, in eine Diskussion darüber einzutreten, wissen wir nicht. Es bleibt nur zu hoffen, daß ihr Artikel nicht das setzte Wort in dieser Sache war.

Die Genossen von PKK definieren BIRKOM als die Vereinigung von 8 Organisationen aus der Türkei im Ausland als eine Unterorganisation der Widerstandsfront, die sich den direkten Kampf in der Türkei und Türkei-Kurdistan auf die Fahnen geschrieben hat. Die Aufgaben von BIRKOM einen direkt vom Exekutiv-ausschuß der FKBC (Einheitswiderstandsfront gegen den Faschismus) übertragen worden, heißt es. Wörtlich: "Nach langen Diskussionen, griff der Exekutiv-ausschuß von FKBC ein und ernannte BIRKOM zu seinem Europakomitee. Die andauernden Diskussionen wurden dadurch beendet."

Die Arbeit von BIRKOM sei nun festgefahren, weil es wieder eine Diskussion um den Sinn der Arbeit gebe, heißt es dann. Insbesondere wird unter wörtlichen Zitaten das Verständnis von Solidaritätsarbeit angegriffen, das behauptet, daß man sich im Ausland nicht nur mit der Frage der Revolution in der Türkei und Türkei-Kurdistan zu beschäftigen habe. Zum besseren Verständnis, daß man die hier beschäftigten kurdischen und türkischen Arbeiter nicht bei ihren konkreten Problemen ansprechen solle, wird Lenin zitiert, der in "Was tun?" gesagt hat, daß man sich nicht nur auf ökonomische Forderungen beschränken darf.



Sodann wird der Kollege von Devrimci Isci in einem langen Zitat von einer Sitzung am 26.03.83 zitiert, auf der er u.a. gesagt haben soll: "Wenn wir für die Revolution in der Türkei, für den Sieg des Kampfes der kurdischen und türkischen Völker diesen Kampf in jeder Hinsicht aus dem Ausland unterstützen wollen, so müssen wir auch im hiesigen Klassenkampf, in den hiesigen Gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unseren Platz einnehmen... Dies ist eine Frage des Programms. BIRKOM braucht ein Programm in diesem Rahmen, es muß gebildet werden." (S.12) Diese Forderung erregt nun die Kameraden von PKK besonders, da man doch von dem "großen Meister", dem Exekutiv-ausschuß der Widerstandsfront selber die Direktiven empfangen hat und deshalb auch nichts an dem, Programm rütteln darf, ohne daß dies vorher angeordnet wurde. Unter Zitaten aus "Devrimci Isci" wird dagegen polemisiert, daß man sich auch um die Probleme der hier lebenden 2 Millionen Türken und Kurden zu kümmern habe und BIRKOM die Aufgabe einer demokratischen Massenorganisation übernehmen müsse. Daraufhin heißt es: "Devrimci Isci kann beliebige Themen in ihren Publikationen diskutieren, es hat die Freiheit hier. Aber die Festlegungs- und Beschlüßkompetenz bezüglich des Inhaltes und der Beziehungen von BIRKOM liegt bei der Exekutive der Front." (S.12) Etwas weiter unten dann: "Was ist die Tatasache dahinter, daß trotz des

Beschlusses von FKBC ein neues Programm vorgeschlagen wird und BIRKOM als demokratische Massenorganisation bewertet wird? Schlagen die Urheber dieses Vorschlages wirklich ein Programm vor, das der Revolution dient und dazu eine Organisation der Massen, oder schlagen sie vor die Massen für die Revolution fern vom Kampf nur bezüglich des Feldes, in dem man sich befindet und für die aktuellen Fragen zu revolutionieren und zu organisieren?"

Danach wird auch auf dem Leserbrief hingewiesen, in dem davon die Rede war, daß die Füße derer, deren Köpfe in der Türkei sind, auch bald dorthin gehen werden und denen zuzurufen, die mit Kopf und Füßen hier sein wollen, daß sie gehen können, wohin sie wollen. Diejenigen aber, die "nach Türkei und Kurdistan riechen" sollten auch die Freiheit haben zu gehen, wohin sie wollten. Die Einstellung, sich nach den Bedingungen im Ausland zu orientieren, wird schlichtweg als Revisionismus bezeichnet und gesagt, daß die einzige Lösung "der Kampf in der Türkei und Türkei - Kurdistan" sein kann.

Als Aufgabe werden beschrieben: erstens die entsprechenden Bündnisse zu bilden, zweitens die Werkstätten hier als Ersatzkraft für die Revolution auszubilden. Die Kritik des Vertreters von Devrimci Isci, daß einige Mitglieder bei der Versammlung von BIRKOM "nach Türkei riechen" wird

als "Dienst, die militanten Gedanken mit bürgerlichen Bindungen blind zu machen," beantwortet. Dann heißt es: "Insbesondere in einer die wie Europa geeignet ist, abzustumpfen, bringt ein solches Verständnis Gleichgültigkeit gegenüber der Revolution in der Türkei hervor. Auf den Vorschlag hin, daß in BIRKOM jeder - ob unten, oben, alle die die Praxis betreiben - an dem Entscheidungsprozeß beteiligt werden muß, mit einem Zitat von fast einer Spalte Länge von Lenin geantwortet, das ebenfalls aus "Was tun?" stammt und das richtige Organisationsverständnis darlegen soll. Dieses streng hierarchische Prinzip sei deswegen auch besonders in Europa so wichtig, weil die Polizei und Geheimpolizei mit der türkischen Seite zusammenarbeitet. Ansonsten würden sehr viele gutgesinnte Freunde, die noch nicht das Leninistische Organisationsprinzip kennengelernt haben, unter einer solchen schlaffen Führung der Möglichkeit beraubt, das Revolutionärertum kennenzulernen."

In kurzen Worten sei also noch einmal wiederholt, was die Freunde von PKK zu BIRKOM und den Aufgaben in Europa sagen:

1. Die Aufgaben von BIRKOM werden durch die Widerstandsfront bestimmt.
2. Es darf nichts diskutiert werden, was schon anderweitig durch den Exekutiv-ausschuß der Front festgelegt wurde.
3. Sich nach den Bedingungen des Auslandes zu richten, heißt Abkehr von der Revolution in der Türkei und führt zu Schlaftheit.
4. Beteiligung an Beschlüssen von denjenigen, die die Arbeit in der Praxis tragen, bedeutet Verrat an den leninistischen Organisationsprinzipien.

## Aufgespießt

"Wenn die Bestimmungen der neuen türkischen Verfassung bei uns eingeführt werden sollten, würden wir sie bis aufs Messer bekämpfen. Aber die Türkei ist die Türkei."

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am Dienstag in Hannover.

"In der NATO haben sich Völker mit den gleichen Verfassungsvorstellungen, den gleichen Auffassungen von den Menschen- und Bürgerrechten zusammengefunden!"

Bundeskanzler Helmut Kohl am Dienstag in Hannover.

aus: Frankfurter Rundschau

## Ich weiß es, Sie können beides..

Ach!  
Womit fange ich an, zu erzählen?  
Wenn ihr wüßtet,  
Wenn ihr wüßtet,  
wie schwer es ist,  
daß ein Asiat  
sich auf europäischen Straßen  
nicht als Fremder fühlen soll.

Wenn jemand pfeift,  
schaue ich mich jedesmal um.  
Entweder,  
weil ich gewohnt bin,  
das Pfeifen der Freunde zu hören,  
oder,  
weil ich auf den Straßen  
in dunklen,  
wirren,  
ausgewaschenen Gedanken  
vertief umhergehe...  
oder,  
der Boden, den ich betrete,  
ist fremd - schau ich mich deswegen  
jedesmal um?

In einem Zwiespalt bin ich:

Einerseits wird das Arbeitsverbot  
verlängert  
Andererseits wird das Arbeitsverbot  
gezwungen.

Das ist kein Spaß!  
Wenn man für eine Mark 25 pro  
Stunde zur Arbeit gezwungen  
wird, kann man arbeiten.

- in dieser entwickelten Zivilisation  
- auf den Straßen in Berlin  
zum Beispiel

Wenn ich mich weigere,  
dann soll ich erwägen,  
in die Türkei zurückzukehren.

Aber sie wissen auch,  
was das bedeutet:  
Am Grenzübergang  
holt mich nicht  
mein opferbereiter Liebling,  
sondern sagt mir die Handfessel:  
-Willkommen mein Opfer!

So lebe ich mit der Drohung  
der Auslieferung zum Henker.  
Ich kann jetzt nach Hause gehen.  
Ach!

Was ist denn das,  
was du "zu Hause nennst"?

Das sind hier die Lager,  
in denen Hunderte, Tausende  
in Angst und Panik  
einschlafen und aufstehen.

Das sind die Wohnheime,  
in denen meine Schicksalspartner,  
meine Nachbarn,  
mit Pistolen und Bomben  
angegriffen und ermordet wurden.

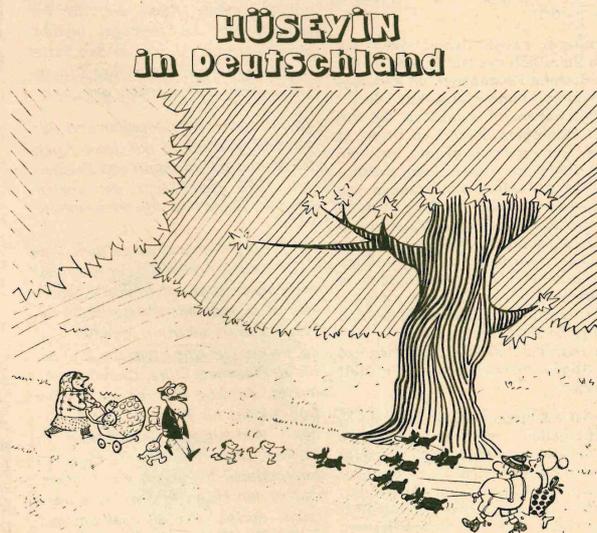
Von Neo - Nazis, die auch  
auch in dieser Nacht  
oder morgen,  
die anderen oder auch mich  
Ach mein Freund!

## Hüseyin in Deutschland

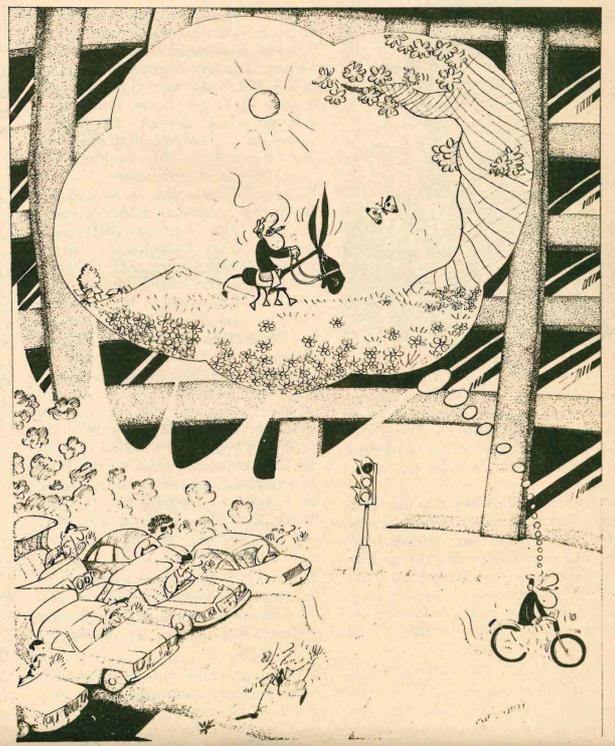
Plakate von Uğur Durak  
Glanzpapier, DIN A 1  
1. und 4. Plakat farbig  
für Stck. 5,- DM  
zu bestellen beim  
ADA Verlag  
Postfach 25 04 63  
5000 Köln 1  
Nach Eingang der Bestellung  
und des Selbstkostenpreises  
auf unser  
Postscheckkonto Köln  
Nr. 321 568 - 508

Der Aufkleber, der insbesondere  
für Schulkinder gedacht ist,  
ist ab 10 Exemplaren kostenlos  
über folgende Anschrift  
beziehbar:

Diakonisches Werk  
der EKD  
- Referat für soziale Fragen  
der Ausländerbeschäftigung -  
Postfach 476  
7000 Stuttgart 1



Karikaturen von  
UGUR DURAK



Ich bin in einem scheußlichen  
Dilemma!  
Vielleicht schaue ich mich jedesmal  
deswegen um.

Und mein Herz,  
Mein Herz ist voll von  
Verantwortung für mein Land  
in dem Rechtswesen,  
Gewissen schweigen,  
in dem der arme Freund  
verzweifelt  
auch schweigt  
- in einer rabenschwarzen  
Friedhofsruhe-

Ich denke an das Land,  
das ganz stockfinster  
für die Menschen im Kerker ist,  
die so leben,  
aber leben,  
ohne einen Gruß von Nachbarn,  
einsam,  
unterdrückt,  
voller Not,  
hungrig nackt,  
die leben,  
in dem sie Gewehrkolben  
auf dem Kopf,  
Gummiknüpfel  
im Gesicht,  
Elektroschoks  
in ihren Körpern  
fühlen...

Ich denke:  
Plötzlich aus dem Schlaf gerissen,  
oder  
auf dem Flugplatz,  
dem Bahnhof,  
dem Weg ins Gefängnis  
von Uniformierten geschlagen,  
auf die Bastonade gelegt,  
übereinandergedepfercht mit anderen  
Freunden,  
angekettet wie ein wildes Tier,  
gefoltort zu werden-  
weil,  
weil ich ja nicht stumm bin  
und aus dem Volk komme...

Ich bin in Gedanken.  
Ich bin hilflos...  
Drehe ich mich vileicht nur.  
deswegen immer um...?

Ich bin nur ein Asylbewerber.  
Wenn es verboten ist,  
sich zu wünschen  
menschlich zu leben,  
SOLLTEN SIE,  
die mich in der Fremde  
mit Drohungen,  
mit Vorurteilen,  
mit Abneigung  
behandeln,  
mich besser in die Hände  
der meisterhaften Henker geben,  
und mich TÖTEN LASSEN!  
Aber,  
Ich weiß,  
Sie können beides.  
Ich weiß es...

# Erfolgreiche Solidaritätsarbeit für Hüseyin Inci

Hüseyin Inci, eine aktiver Gegner der türkischen Militärjunta, wurde am Dienstag dem 24.5.83 morgens in seiner Wohnung verhaftet. Die türkische Behörde, die eng mit Interpol zusammenarbeitet, hatte einen Auslieferungsantrag gegen Hüseyin gestellt, wegen angeblicher Beihilfe zu einem Mordversuch an einem Faschisten. Hüseyin war in der Türkei als Lehrer tätig und aktives Mitglied in dem Lehrerverband TÖB - DER, außerdem ist er Sympathisant der revolutionären Befreiungsorganisation Devrimci Yol. Er lebt seit vier Jahren mit seiner Frau und dem gemeinsamen Kind in der Bundesrepublik, aber über seinen Antrag auf Asylgewährung wurde erst am 16.06.83 positiv entschieden.

Seit April '83 ist Hüseyin eingetragener Student an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Die Nachricht über Hüseyin's Verhaftung verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der HWP. Ausländische und Deutsche Kommilitonen - innen waren gleichermaßen betroffen. Wir überlegten, gemeinsam, mit welchen Mitteln wir die Freilassung von Hüseyin bei der Hamburger Behörde erwirken könnten. Die Öffentlichkeit mußte unbedingt aufmerksam gemacht werden. Auf diese Weise bildete sich spontan ein Solidaritätskomitee, in dem Ausländer und Deutsche zusammenarbeiteten. Innerhalb kürzester Zeit entstand eine starke solidarische Kraft für Hüseyin's Befreiung aus der Untersuchungshaft und gleichzeitig wurde die Öffentlichkeit auf die politischen Mißstände in der Türkei und Türkei - Kurdistan verstärkt aufmerksam gemacht.

Welche Aktivitäten im einzelnen liefern, könnt ihr aus der folgenden Aufstellung ersehen.

- 24. 5.83 Tag der Festnahme von Hüseyin

- 25. 5. Erste Information über Festnahme. Anschließend drei Telegramme an - Bundesregierung Bonn - Fraktion der Grünen - Hamburger Bürgerschaft - Staatsanwaltschaft

26. 5. im ASTA - Büro über weitere Aktionen beraten. Ergebnis - Brief für die Unterschriftenaktion verfaßt - Hochschulratsresolution - Wandzeitung

- Gründung eines Solidaritätskomitees

20.00 Uhr Veranstaltung im Deutsch Türkisch - Kurdischen Solidaritätsverein, Rostocker Str. 4, 2000 HH 1. 27. 5. Vollversammlung im Hörsaal (Zahlreiche Teilnehmerschaft)

- Information über Hüseyin's Aktivitäten in der Türkei und hier in der BRD.

- Information über Devrimci Yol und TÖB- DER Am selben Tag wurde im Rathaus eine Pressekonferenz von der Untersuchungskommission veranstaltet, die vor Kurzem von der Stadt Hamburg beauftragt wurde, über die politische Lage in der Türkei und Türkei - Kurdistan zu berichten.

In der Vollversammlung wurde beschlossen, daß wir zu dieser Pressekonferenz gehen und eine Resolution verlesen.

- Finanzielle Unterstützungsaktion für die Solidaritätsarbeit.

2.6.83. Teilnahme an der Pressekonferenz in der ESG, die von den Anwälten initiiert wurde.

3.6. Besuch bei der Justizbehörde, wo die Resolution, die 1200 Kommilitonen - innen unterschrieben haben, überreicht wurde. Diskussion mit dem persönl. Referenten der Justizsenatorin, über die Lage von Hüseyin Inci.

Solidaritätsbekundung an Hella Franke, die am Gerhardt-Hauptmann Platz einen Sitzstreik durchführte. 7. 6. Alternative Veranstaltung mit Herrn Wolf Damkowski über die Menschenrechte in der Türkei und Türkei-Kurdistan. In diesen Zusammenhang wurde auch über Hüseyin diskutiert.

-Brief und Kartenaktion: Jeder wurde über die Wandzeitung und von den Mitgliedern des Solidaritätskomitees aufgefordert, an folgende fünf Adressen jeweils einen Brief zu schreiben.

1. Hüseyin Inci
2. Justizsenatorin Eva Leithäuser
3. Untersuchungsgefängnis Holstenglacis
4. Staatsanwaltschaft
5. Hamburger Bürgerschaft

8.6 Vorbereitung des Flugblattes von allen ASTA-Organisation, Born to be Wild-organisation und Solidaritätskomitee.

9.6 Im Zusammenhang mit der Demonstration wurde noch einmal mittels Flugblattverteilung und Transparenten auf Hüseyin aufmerksam gemacht. Demonstrationsziel war der Gerhard - Hauptmann - Platz, wo Hella Franke noch einmal von uns begrüßt und unterstützt wurde. Gleichzeitig haben sieben Kommilitonen - innen vor dem Untersuchungsgefängnis im Holstenglacis eine Mahnwache aufgestellt.

10. 6. Vollversammlung an der auch Hüseyin's Frau und ein Anwalt teilnahmen, anschließend Demonstrationen Zug zum Gewerkschaftsorganisation erhielt von uns eine Resolution. Während einer Aktion gegen die US-politik demonstrierten einige von uns gleichzeitig mit Transparenten für die Solidarität mit Hüseyin.

11. 6. Teilnahme an Demonstration (gegen Folter, Hinrichtungen, Verfolgung in der Türkei und Türkei - Kurdistan)

13.6. Teilnahme an einer Veranstaltung der Hamburger Justizbehörde und Gespräche mit Hamburger Richtern.

14. 6. Vorbereitung eines Flugblattes und Transparenten, die am 15. 6. in der Hbger. Bürgerschaftssitzung verteilt und aufgestellt werden sollten.

15. 6. - Vorläufige Freilassung von Hüseyin Inci - Aktion in der Hamburger Bürgerschaft.

Resonanz: - Gesamte Hamburger Presse und Bericht in einer Radiosendung.

- Wandzeitung (Kampf muß weiter gehen!)

21.6. Vollversammlung mit Damkowski und unseren Dozenten aus dem Monokurs Recht. Es wurde über die allgemeine politische Lage in der Türkei und Türkei - Kurdistan berichtet und anschließend zeigten wir Filme, die über folgende Massenprozesse berichteten.

1. Amasya Yeni Celtek (gegen Gewerkschafter und andere Arbeiter)
2. Dev - Yol Fatsa Prozess
3. Diyarbakir PKK - Prozess
23. 6. Letzte Vollversammlung mit Hüseyin!

30. 6. Wandzeitung: "Auf der Vollversammlung um 23.6. hat das Solidaritätskomitee zu einer Aktion beim NDR aufgerufen. Es sollte der Forderung nach Ausstrahlung der seit dem 10. 6. abgesetzten Reportage - Ab in

die Türkei der Fall H. Inci - Nordruck verliehen werden. Wie wir erfahren haben, soll diese Reportage am 1. 07. nun doch im Nordschau - Magazin gesendet werden. Damit das Hauptziel der geplanten Aktion fürs erste erfüllt. Dies heißt nicht, daß damit die Solidaritätsarbeit beendet sein darf, es ist nur so, daß eine breit angelegte Mobilisierung für eine erfolgreiche Aktion auf Grund der derzeitigen Semestersituation (Klausurenpower u. a. ...) einfach leider nicht möglich ist. Deshalb wird der NDR am Freitag seine Ruhe haben! Daß Hüseyin nun doch nach vier Jahren politisches Asyl gewährt wurde, verdanken wir nicht zuletzt diesen Beispiel von aktiver deutsch - ausländischer Freundschaft, wie es die Studenten - innen in der HWP bewiesen haben.

- Hoch die Internationale Solidarität, Stoppt die Auslieferungen an der Faschistische Militärjunta - der Kampf geht weiter.

HWP Solidaritätskomitee

## ST. PAULI

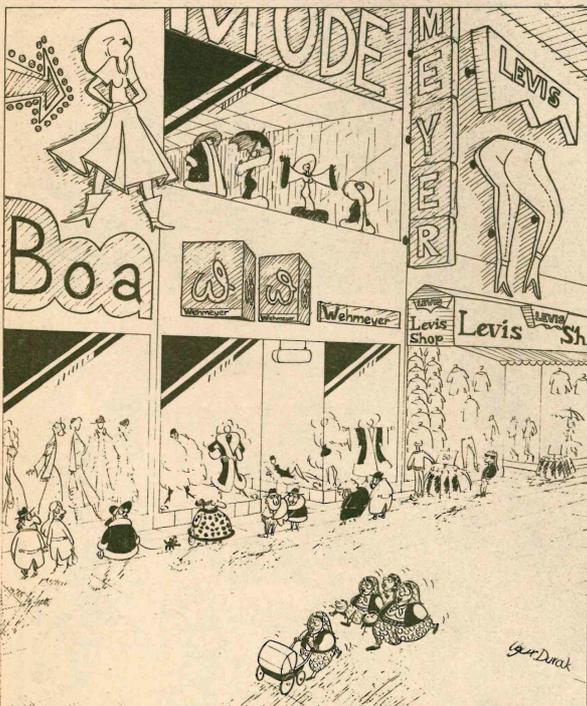
(dieses Gedicht beschreibt den Gefühlszustand eines Türken, der in St. Pauli, im Freudenhausviertel der Stadt Hamburg, Menschlichkeit sucht)

Kennst du St. Pauli?  
Wo Liebe strömt  
aus den Augen  
der Besoffenen,  
Wo sperrangelweiß offen  
der Schoß  
der Dirnen...

Bist du erniedrigt,  
gedemütigt  
oder  
diskriminiert,  
so geh nach St. Pauli!  
Wo die Dirnen  
ihr herzlichstes Lied  
singen:

"Kommste mit mir?"  
Wo die Besoffenen  
ihr ewiges Gedicht  
aufsagen:

"Noch ein Bier!"  
Ich liebe St. Pauli!  
Ich liebe seine Dirnen,  
Ich liebe seine Besoffenen,  
Ich erwache zum Leben  
in St. Pauli!



Branco  
Manuël  
Susanne  
Fatma  
Christos  
Maria  
Klaus  
und ich

Wir  
halten  
zusammen

11111 Adresse

Cemal Kemal Altun  
ist tot

"(...) Vor dem Besuch Zimmermann's in Ankara, wurde vom Innenministerium in Bonn mitgeteilt, daß man von den Zusammenkünften in Ankara erwarde, daß sie in einem Klima ablaufen, das beiden Seiten Profite einbringt..." (18. 7. 1983 Milliyet)

"(...) Die Vorschläge des Minister's zur Verminderung der Zahl der türkischen Arbeiter in Deutschland wurden behandelt und außerdem sprach man über die Ausrüstungshilfen, die von Deutschland an die türkische Sicherheitsorganisation geleistet werden..." (20. 7. 1983 Milliyet)

"(...) Die Freundschaft ist eine Einheit. Die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland muß für alle Bereiche Gültigkeit haben..."

(Meinung der türkischen Regierung gegenüber Innenminister Zimmermann. 20. 7. 1983 Tercüman)

"(...) die Innenminister der Türkei und Deutschlands besprachen neben den Themen bezüglich der türkischen Arbeiter in Deutschland Dinge, die im allgemeinen die innere Sicherheit der Türkei und Deutschlands betreffen. Auch der internationale Terrorismus war eines dieser Themen. Der deutsche Innenminister Zimmermann, sagte nach der Versammlung: Mit meinem türkischen Kollegen Çetiner gibt es eine ständige intensive Zusammenarbeit. Unsere Zusammenkunft war in höchstem Maße befriedigend! (...)"

(20. 7. 1983 Tercüman)

"(...) Gleichzeitig kam man auch zu einer Übereinkunft über die Ausbildung einiger besonderer türkischer Polizisten in Deutschland bezüglich des Terrorismus. (...)"

(21. 7. 1983 Milliyet)

"(...) Çetiner teilte mit, daß man über die Schließung von DEV-SOL in Deutschland sehr befriedigt sei. Ausserdem verwies er darauf, daß er erwarte, daß die 135 Linken, deren Auslieferung man schon vorher beantragt habe, nun auch ausgeliefert würden.

(...) (21. 7. 1983 Tercüman)

"(...) Die Einigung zwischen den zwei Innenministern kann an folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1- Die Türkei hatte die Auslieferung von 135 Tätern, die durch türkische Gerichte verurteilt worden waren, gefordert. 38 Gesuche hat man akzeptiert, 32 abgelehnt. Die anderen werden noch geprüft. Der deutsche Innenminister sagte, daß dies Sache der Justizminister sei, er aber die Sache zur Beschleunigung dem Kabinett vorlegen werde.

2- An dem Gespräch der Experten über Terrorismus im September werden die Gendarmerie und der Grenzschutz beteiligt sein. (...)

4- "Der türkische Innenminister teilte mit, daß die Anträge auf Asyl alle Scheinanträge seien, und daß man sie nicht annehmen solle. Die deutsche Seite betonte, daß man dies wisse, und daß in der überwiegenden Mehrzahl ablehnende Bescheide erteilt würden. (...)"

(22. 7. 1983 Tercüman)

Im Zusammenhang mit dem Brief Zimmermanns an das Justizministerium, den er noch am Tage seiner Rückkehr aus der Türkei schrieb, und in dem er die sofortige Auslieferung Cemal Kemal Altun's zur Erhaltung "einer nach wie vor guten Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf polizeilichem Gebiet" forderte, sowie auch bei dem regen Schriftverkehr zwischen Innenministerium, Justizministerium und Auswärtigem Amt belegen diese Zitate wohl eindrucksvoller, als wir es mit eigenen Worten tun könnten, wer verantwortlich ist für den Tod von Cemal Kemal Altun.

Cemal Kemal Altun ist tot.

Der Rufmord an ihm geht weiter:

"(...) Der Kommunismus treibt einen Menschen entweder zum Mörder oder zum Selbstmord. (...)"

(1. 9. 1983 Tercüman)

"(...) Der für den Mord an dem seligen Gün Sezak verantwortliche Cemal Kemal Altun hat durch seinen Selbstmord mit eigener Hand sein berechtigtes Todesurteil vollstreckt. (...)"

(2. 9. 1983 Tercüman)

# Spontane Traueraktionen zum Tode C. Kemal Altun's in der Bundesrepublik und West-Berlin

Nur wenige Stunden nachdem bekannt wurde, daß sich Cemal Kemal Altun aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts Berlin stürzte, schlossen sich in zahlreichen Städten der BRD und in West-Berlin verschiedene deutsche und ausländische Gruppen und Einzelpersonen zusammen, um ihrer Wut und ihrer Trauer über den Tod des Antifaschisten Altun Ausdruck zu verleihen.

Die Fraktion der GRÜNEN im Bundestag rief am Dienstagmorgen sofort zu einer Demonstration zum Innenministerium in Bonn auf, um Innenminister Fr. Zimmermann eine Protestresolution zu übergeben, in der sein sofortiger Rücktritt gefordert wurde. Ca. 200 Menschen aus verschiedensten Organisationen, die sich z. T. auch vorher für Cemal Kemal Altun eingesetzt hatten, trafen sich um 15.00 Uhr in den "Rheinterassen" in Bonn und marschierten zum Innenministerium. Die Polizei und der Bundesgrenzschutz wollten die Gruppe zunächst noch nicht einmal in die Straße hineinlassen, in der sich das Ministerium befindet, mußten schließlich aber doch nachgeben.

Vor dem Ministerium war die Polizei aufgefahren, die Verstärkung, aus Köln angefordert, traf kurze Zeit später auch ein.

Die Demonstranten setzten sich vor dem Eingang auf die Straße, sie brachten einen Blumenkranz an einem Fahnenmast an und verlasen die Erklärung der Grünen zum Tode Kemal Altuns. Drei Sprecher der Fraktion betreten das Ministerium, um die Resolution zu übergeben, wurden aber von Herrn Zimmermann nicht vorgelassen, mit der Begründung, er sei erst am Tage vorher aus dem Urlaub zurückgekehrt. Unterdessen fand im Garten des Innenministeriums das alljährliche Sommerfest statt, zu dessen Teilnahme Zimmermann sicherlich Zeit genug fand. Niemand ließ sich durch die Demonstration stören und sich vom Feiern abhalten. Blasmusik übertönte die Forderung nach Zimmermann's Rücktritt und die Anklagen derjenigen, die um einen Freund und Genossen trauerten. Die Polizei versuchte, ein Plakat zu beschlagnahmen, auf dem stand: "Zim-

mermann Mörder", was allerdings durch die Abgeordneten der Grünen verhindert wurde. Joschka Fischer fragte, ob wir schon wieder so weit seien, daß wir uns unsere Meinung von der Polizei sagen lassen müssen? Nach einstündiger Blockade gingen die Demonstranten, eingekreist von den Abgeordneten, zurück zum Sammelplatz, wo sich die Demonstration auflöste.

In Köln fand am Todestag eine Kundgebung vor dem Dom statt, an der Vertreter der Bund Liste, von amnesty international, den Falken und vielen anderen deutschen, türkischen und kurdischen Gruppen teilnahmen. Auch Kölner Rechtsanwälte, die zum Beispiel neben vielen Asylverfahren auch die wegen der Kölner Konsulatsbesetzung Angeklagten vertreten, nahmen an der Kundgebung teil.

In West-Berlin fand am Abend des 30. 8. eine Schweigedemonstration von mehr als 10.000 Menschen statt, die nur schwer ihre Wut und ihre Trauer unterdrücken konnten. Die Demonstration endete vor dem Kammergericht Berlin, das die Zulässigkeit der Auslieferungshaft von Kemal Altun entschieden hatte.

Dort hielt Wolfgang Wieland, Anwalt von Altun, eine Rede, in der er aufs Schärfste die Praxis der Bundesregierung verurteilte und jeden aufrief, diesen Tod Altun's als eine Mahnung zu sehen, um jede weitere Auslieferung an die Türkei entschieden zu verhindern.

In Hamburg, Münster, Frankfurt, Dortmund, Hannover, Aachen protestierten mehrere Tausend Menschen gegen die Auslieferungspraxis der Bundesregierung und zeigten ihre Trauer um den Tod Altun's.

Alle Demonstrationen wurden von zahlreichen Organisationen, von Kirchen bis zu Gewerkschaften unterstützt und hatten einheitliche Forderungen:

- Rücktritt von Innenminister Zimmermann
- Keine weitere Verschärfung des Asylrechts
- Konsequente Änderung des Asylgesetzes
- Unverzüglicher Stopp der Auslieferungen an die faschistische Junta!

